

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einwöchige Kampagne des
10. November, Reichstags 5.— Reichs-
markt „Kleine Anzeigen“ das eigen-
ständige Blatt 25 Pfennig (inkl. Post-
zuschlag) (sonstige) jedes weitere Blatt
12 Pfennig. Streifenblätter das erste
Blatt 12 Pfennig, jedes weitere Blatt
10 Pfennig. Blatt über 15 Zeilen
Aben für zwei Blätter. Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft. Umsonst 3 wochentlich
von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Ländel 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 596 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Wallstr. 65, D. F. u. H. S. - G. B., Depositenkassa, Jerusalemstr. 65/66.

Länger arbeiten — weniger Lohn!

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Unternehmer.

Alle Welt ist sich darüber klar, daß die katastrophale Arbeitslosigkeit so nicht weiter dauern darf und daß Regierung, Parlament und Unternehmer verpflichtet sind, den Vorschlägen der Gewerkschaften endlich ernsthaft Beachtung zu schenken. Die preussische Regierung hat bereits der Reichsregierung entsprechende Vorschläge unterbreitet. Rummehr meldet sich auch die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände.

In ihrer Stellungnahme weist die Vereinigung auf den Schlußbericht hin, den eine Sachverständigenkommission in Verbindung mit den Feststellungen einer Regierungskommission zur Unterbringung Arbeitsloser auf Veranlassung der englischen Arbeiterregierung erstattet hat. In diesem Schlußbericht wird darauf hingewiesen, daß eine künstliche Belebung der Konjunktur durch staatliche Intervention oder durch Subventionen kollidierender Unternehmungen ungeheure Mittel verschlingen würde, abwegig und ungesund sei. Darn heißt es in dem von der Vereinigung zitierten Passus:

„Das einzige Mittel gegen die seit Jahren auf der englischen Wirtschaft lastende Arbeitslosigkeit ist die Vergrößerung von Produktion und Handel.“

Darauf kommt es in der Tat an! Aber wie sollen Produktion und Handel vergrößert werden?

Darauf erwidert die Vereinigung: Durch eine „auseitige Senkung der Herstellungskosten als Grundlage für die Senkung der Preise und die Hebung des Absatzes.“ Unter Senkung der Herstellungskosten versteht die Vereinigung aber eine Senkung der Löhne. Wie durch diese Verringerung der Kaufkraft, auch wenn die Preise dann im gleichen Ausmaß gesenkt werden, der Absatz gesteigert werden kann, das vertritt die Vereinigung allerdings nicht.

Sie geht sogar noch weiter! Sie lehnt nicht nur eine „schematische oder generelle Verkürzung der Arbeitszeit“ ab, da sie „in ihren Folgen die Arbeitslosigkeit vergrößern“ müßte, und zwar weiß sie „eine Einengung der gerade für die Arbeitszeit unerlässlichen Bewegungsfreiheit der Betriebe“ nach sich ziehen würde.

„Nur durch Senkung des Lohnes — unter Umständen auch in Form der Arbeitszeitverlängerung und der Aufrechterhaltung des bisherigen Gesamtlöhnes“

wäre eine Einschränkung der Arbeitslosigkeit möglich.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände macht es sich sehr leicht, aber jede ernsthafte Diskussion wird dadurch um so schwerer. Wenn es wahr ist, daß nur durch eine Vergrößerung der Produktion und des Handels die Arbeitslosigkeit behoben werden kann, dann ist dies nur möglich, wenn der Absatz selbst gesteigert wird. Der Absatz kann aber doch nur gesteigert werden, wenn auch die Kaufkraft der großen Masse der Verbraucher gesteigert wird.

Das kann geschehen entweder durch eine Herabsetzung der Preise, die der Senkung der Rohstoffpreise und der Senkung der Herstellungskosten durch die Rationalisierung ohnehin folgen muß, oder aber bei gleichbleibenden Preisen durch eine starke Erhöhung der Löhne und Gehälter.

Man kann sich zur Not auch vorstellen, daß z. B. die Löhne und Gehälter, die Lantien und Dividenden progressiv nach oben gehen und gleichzeitig noch in viel stärkerem Maße auch die Preise gesenkt werden. Das würde aber nur zu einer Komplizierung des Problems führen und zu Arbeitskämpfen, wie wir einen solchen in der Berliner Metallindustrie erlebt haben, die gemäß nicht geeignet sind, die Wirtschaft anzukurbeln.

Wenn es sich in der Vereinigung wirklich um die Anurbelegung der Wirtschaft dreht, dann brauchte sie nicht diesen komplizierten und gefährlichen Weg vorzuschlagen, sondern könnte ihren Organisationen den guten Rat geben, den Mitgliedsfirmen dringend zu empfehlen, die Preise einer ernsthaften Nachprüfung zu unterziehen und zwar auf Grund der bereits eingetretenen Senkung der Herstellungskosten. Was die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hier vorschlägt, führt nicht zu einer Hebung, sondern zu einer Verschärfung der Arbeitslosigkeit. Ihre Stellungnahme wird nicht diktiert von der Sorge um die Wirtschaft, sondern von dem reaktionären Machthunger, die Not der Arbeitslosen zur Vergrößerung des Profits auszunutzen.

Neuwahl in Amerika.

Apathie im Land der politisch-neutralen Arbeiterschaft

Washington, Ende Oktober. (Eigenbericht.)

Die Wahlen zum 72. amerikanischen Bundeskongress finden heute statt. Die amerikanische Nation hat nun Gelegenheit, sich über die künftige Zusammensetzung der beiden gesetzgebenden Häuser, des Bundes senats und des Repräsentantenhauses, klar zu werden und der wie in der übrigen Welt so auch hier aufgetragenen politischen und wirtschaftlichen Unzufriedenheit Luft zu machen.

Sedoch das Problem so formulieren heißt es leugnen. Von bewußten Wahläußerungen politischer und wirtschaftlicher Unzufriedenheit kann hierzulande keine Rede sein, soweit sie eben nicht aus sozialistischen und anderen Kreisen mit bestimmten programmatischen Forderungen kommen. Der Rest ist Wahlmache und einzig dazu bestimmt, den Wähler in das republikanische Regierungslager oder in das oppositionelle Lager der Demokraten zu locken. Unter diesen Voraussetzungen erscheint die allgemeine Wahlapathie, die von beiden Parteien offen zugegeben wird, nur zu verständlich. Sie ist ein Beweis mehr, daß die amerikanische Nation bis heute noch nicht verstanden hat, sich mit grundlegenden Uebeln ökonomischer und politischer Natur radikal auseinanderzusetzen und sie mit Hilfe des Stimmzettels zu korrigieren.

Die letzten Präsidentschaftswahlen des Jahres 1928 brachten infolge der Bedeutung der aufgeworfenen Fragen und der auf beiden Seiten herrschenden Bitterkeit die bisher unerreichte Rekordziffer von 37 000 000 Wählern auf die Beine. Aber selbst diese 37 Millionen machten kaum 60 Prozent der amerikanischen Wahlberechtigten aus. Ueber 40 Prozent der Wählerarmee hatten es vorgezogen, zu Hause zu bleiben und die ihnen vorgelegte Entscheidung über wichtigste nationale Fragen einfach zu ignorieren.

Um wieviel mehr muß dieses mangelnde Interesse in einem Jahre zutreffen, wo es nicht um die Besetzung des Präsidentschafts und die vierjährige Festlegung auf einen bestimmten Parteikurs, dafür aber um das Mächteverhältnis im Bundeskongress geht? Die Parteien wissen das auch und sind mit Hilfe der großen Presse bemüht, das Interesse der Wähler auf wichtige innerpolitische Probleme, wie Prohibition, Sozialversicherung, Wirtschaftskrise usw., zu konzentrieren und sie damit an die Wahlurnen zu bringen. Es ist sicherlich interessant, daß die amerikanischen Blätter in diesem Zusammenhange auf die überaus starke Wahlbeteiligung bei den deutschen Reichstagswahlen hinweisen und sie dem amerikanischen Wähler als Muster vorhalten. Aber der amerikanische Wähler ist nun einmal anders. An Präsidentschaftswahlen mit ihrem Persönlichkeitsappell und ihrem individualistischen Anstrich beteiligt er sich, aber die Kongresswahlen vergißt er, obgleich beide Wahlen sich gegenseitig ergänzen und von der harmonischen Zusammenarbeit der Exekutivgewalt mit den parlamentarischen Kräften die Wohlfahrt des Landes abhängt.

Für die Parteien ist das Bild natürlich klar. Sie wissen, daß die Wahlen des Jahres 1930 einen guten Grabmesser für die Präsidentschaftswahlen im Jahre 1932 abgeben und daß aus ihnen mit ziemlicher Sicherheit die künftige Entwicklung gefolgert werden kann. Alle Anzeichen lassen auf starke Gewinne der demokratischen Partei schließen, und maßgebende Beobachter gehen sogar soweit, eine demokratische Majorität im künftigen Repräsentantenhaus zu prophezeien. Im demokratischen Lager hofft man insgeheim auf keine Riesenerfolge, da eine Majorität nur zu leicht zu einem Rückschwung des Pendels in 1932 und zur Verfolgung der jetzt unterliegenden republikanischen Partei mit bequemen Wahlargumenten führen kann. Wie dem auch sei, die Spekulationen sind nutzlos, da der neue gewählte Bundeskongress mit seiner starken Hinneigung zur Oppositionspartei verfassungsmäßig erst am 4. März 1931 sein Amt antritt und sich erst im folgenden Dezember zur ordentlichen Tagung versammelt. Bis dahin übt der gegenwärtige Kongress seine Rechte aus, und man kann sich leicht vorstellen, welche Schwierigkeiten sich aus dieser Zwitterstellung eines geschlagenen und noch im Amte befindlichen Parlaments ergeben können. Seit Jahren liegen dem Bundes senat Anträge auf Abstellung dieses Uebelstandes und sofortige Uebernahme der Macht durch den neugewählten Kongress vor, aber bisher sind keine bindenden Beschlüsse gefaßt worden.

Amerika fühlt keine Wirtschaftskrise mit ihren Begleit-

Arbeiterpartei gegen Schutz Zoll.

Vergeblicher Vorstoß der Konservativen gegen Macdonald.

London, 3. November. (Eigenbericht.)

Im dichtbesetzten Unterhause begann am Montagnachmittag die Debatte über den konservativen Mißtrauensantrag gegen die Regierung. Als die Sitzung eröffnet wurde, betrat der am Donnerstag in Süd-Baddington gegen den offiziellen konservativen Kandidaten gewählte Major Taylor den Saal. Eifriges Schweigen herrschte auf den konservativen Bänken, als Beaverbrook Kandidat schüchtern seinen Platz auf der konservativen Seite des Hauses suchte. Ironischer Beifall kam aus den Reihen der Arbeiterabgeordneten, die den konservativen Oppositionellen einluden, auf die Regierungseite zu kommen. Baldwin blühte bescheiden zu Boden.

Realle Chamberlain hatte darauf den wenig verlockenden Auftrag, den Mißtrauensantrag zu begründen. Er tat das in glatter aufgewärmter Rede, die für Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit nur das einzige Heilmittel kennt: den Zollschutz zur Stärkung des inneren Marktes und zur größeren Einheit des Britischen Reiches. Sowohl bei den Liberalen wie bei der Arbeiterpartei erntete Chamberlain nur einen Heiterkeitserfolg.

Handelsminister Graham, mit großem Beifall empfangen, setzte dem konservativen Redner gründlich zu. In einer kräftigen Rede erklärte Graham: Gewiß sei der Freihandel für die Arbeiterpartei keine endgültige Lösung der vom kapitalistischen System geschaffenen Erschütterung der Weltwirtschaft.

Aber gesünder und besser als der Protektionismus sei der Freihandel immer noch, wenn er gestützt werde durch Reorganisation der Industrie und des Marktes.

Protektionismus und Zoll bedeute Erhöhung der Preise und der Lebenshaltung, Verarmung der Kaufkraft der Massen, verminderte Produktionsabgabe im Inlande wie im Auslande. Dazu werde die Arbeiterregierung niemals die Hand reichen.

Was zur Hebung der Krise getan werden könne habe die Arbeiterregierung getan und versuche sie als Minderheitsregierung

auch weiter zu schaffen. Die Leistungen der Arbeiterpartei könnten sich in ökonomischer Beziehung gegenüber den Leistungen der ehemals konservativen Regierung immer sehen lassen, obwohl diese Arbeiterpartei nur eine Minderheitsregierung sei.

Graham schloß seine Rede unter stürmischem Beifall der Arbeiterpartei mit dem Bekenntnis zum Sozialismus, der allein einen wahren und endgültigen Ausweg aus der kapitalistischen Krise schaffen könne.

Als dann in später Abendstunde Sir Robert Samuel für die Liberalen das Wort ergriff, war das Urteil über den konservativen Mißtrauensantrag gefällt. Samuel erklärte, daß die Liberalen, wenn es ihnen auch schwer fallen würde die Arbeiterregierung zu stützen, keineswegs für den konservativen Mißtrauensantrag stimmen würden.

Nach 11 Uhr wurde die Debatte auf Dienstag vertagt.

Der polnische Faschismus.

Lodzer Sozialistenbüro gestürzt.

Warschau, 3. November.

Dem „Kurjer Czerwony“ aus Lodz zufolge wurden die dortigen Büroräume der Sozialistischen Partei von einem regierungsfreundlichen Wöbel gestürmt und vollständig zerstört. Vorher wurden sämtliche Scheiben zertrümmert. Als die Polizei am Tatort erschien, waren die Täter schon längst in Sicherheit. In den Parteilräumen fand kurz vorher noch eine Besprechung der Lodzer Sozialistenführer statt.

Bei den Bürgerratswahlen in Dąbki haben die Sozialdemokraten ihre Mandatszahl von 7 auf 9 von insgesamt 40 gesteigert. Die Kommunisten haben ein Mandat verloren und behalten nunmehr noch vier.

erscheinungen des Massenlebens und der Arbeitslosigkeit, aber von dem amerikanischen Wähler außer Nachver- schiedungen im Lager der bürgerlichen Parteien, die sich wie ein Ei dem anderen gleichen, etwas Positives zu erwarten, wäre zu viel verlangt. Die Sozialisten werden mit einer starken Erfolgshaft rechnen können, aber von wirklichen Gewinnen kann, neben der Entsendung einiger weniger Abgeordneter in das Repräsentantenhaus im besten Falle, keine Rede sein. Das ist nur selbstverständlich in einem Lande, wo die organisierte Arbeiterschaft politisch neu- tral beiseite steht und ihre Stimmen in Wahlzeiten an die meistbietende bürgerliche Partei gegen imaginäre Zu- sicherungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte verschwendet. Vom sozialistischen Standpunkte kann es gleichgültig bleiben, ob der Bundeskongress eine republikanische oder demokratische Mehrheit besitzt. Die Erfahrungen haben deutlich bewiesen, daß die mit so vielen Argumenten und sittlicher Entrüstung bereitstehende bürgerliche Opposition sich überraschend schnell änderte, sobald sie erst einmal zur Macht gelangt war. Von der Einführung der an die Arbeiterschaft gegebenen Zusiche- rungen konnte nur in seltenen Fällen die Rede sein.

Der Haken der amerikanischen Demokratie liegt nicht in der Verfassung und in den parlamentarischen Institutionen. Er liegt beim Wähler, der sich sehr viel auf seine öffentliche Macht und seine demokratischen Rechte einbildet, aber von ihnen nur in den seltensten Fällen und dann in dümmster Weise Gebrauch macht. Das Gefäß der amerikanischen Demo- kratie ist schon da; was einzig fehlt, ist seine Füllung mit warmem sozialen Inhalt und die Erziehung der ameri- kanischen Massen zur Verantwortlichkeit.

Senator verhaftet.

Unter aufsehenerregenden Begleitumständen ist das bekannte Senatsmitglied George V. Cassiday verhaftet worden. Ueber den wahren Grund seiner Inhaftierung demahen die Behörden stillschweigen. Es ist nur bekannt gegeben worden, daß sie auf Cassidays Verletzung der Prohibitionsgeetze hin erfolgte. Man spricht allerdings davon, daß C. in direkter Verbindung mit den großen Bootlegger-Banden gestanden haben soll, und man im Sinn den — in Fachkreisen und Volkzeitungen — berühmten „Mann mit dem grünen Hut“ vermutet. Der „Mann im grünen Hut“ ist eine geheimnisvolle Persönlichkeit und bildet gewissermaßen die unbekannte Zentrale des gesamten Alkoholvertriebes in den USA.

Mit der Verhaftung wurde auch bekannt, daß ein Agent der Prohibitionsbehörde seit Wochen als einfacher Angestellter im Senatsgebäude arbeitete. Seinen Nachforschungen soll es gelungen sein, umfangreiche Listen von Senatoren, die die Prohibitionsgeetze verletzen, zusammenzustellen.

Nationalsozialistische Doppeltzüngigkeit.

Der ausgeschlossene und der gefeierte Fememörder Heines.

In Berlin ist dieser Tage als nationalsozialistischer Versamm- lungsvorsitzer der „Fememörder“ Edmund Heines, M. d. R., ange- treten. Hitzers „Völkischer Beobachter“ streut Vorbeeren für diesen Schlogelotz und Landstreich aus der Reichsdachhaube, dessen einzige Schuld es sei, „in der größten Notzeit des Vaterlandes einem verräterischen Lumpen das Handwerk gelegt zu haben“. In dem Schwurgerichtssaal, durch das der Leutnant Heines zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, wird ausdrücklich festgestellt, daß Heines kein Opfer auf einen gänzlich unbewiesenen Verdacht hin hinterlistig umgebracht hat. Diese Feststellung verhindert den „Völkischen Beobachter“ nicht, das Opfer des Schlogelotz nach über das Grab hinaus mit folgenden Sätzen zu befeuern:

Wer Edmund Heines kennt, weiß, daß er nur aus zwangs- mäßiger Rücksicht und mit Widerwillen seine ehrlichen Hände mit diesem schmutzigen Blut besudelt hat. In den Augen von 6 1/2 Millionen deutschen Staatsbürgern sind feiner als die Krallen der schamlos zart befalteten Novembermänner.

Das ist ja nun sehr schwungvoll gesagt, aber — wie wird uns? — in demselben „Völkischen Beobachter“ hat vor drei Jahren ganz etwas anderes über den Fememörder Heines geschrieben. Damals hatte das Siedtner Schwurgericht Heines zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt und —

unter dem 31. Mai 1927 zeigte im „Völkischen Beobachter“ Adolf Hitzler den Ausschluß des Fememörder Edmund Heines aus der Nationalsozialistischen Partei an.

Damals war man anscheinend von der Reinheit dieser blut- besudelten Hände im Lager Hitzlers ebensowenig überzeugt wie wir es heute sind. Oder vielmehr: es zeigt sich, daß bei den Nazis eben alles Taktik und nichts Bestimmung ist. Wie Herr Gregor Strasser nach Bedarf sein Ehrenwort bricht, so schießt Herr Hitzler den Fememörder Heines aus seiner Partei aus, wenn es ihm bei der damaligen Volksmeinung opportun erscheint, und stellt den angeblich Ausschluß Heines eben so gleichmäßig an die Spitze einer Kandidatenliste, sobald er hinter dem Wort „Fememörder“ agitatorische Jugtrakt wittert.

Aus dem Schicksal des Fememörders Heines kann man klar erleben, welchen Wert die periodischen Veröffentlichungen Hitzlers haben, daß Gewaltverbrecher sofort aus der Nationalsozialistischen Partei hinausfliegen würden! Borne fliegen sie hinaus, von hinten kommen sie wieder herein und gelangen bis zu den höchsten Ehrenposten!

Im vorigen Reichstag hatten die Nationalsozialisten ihren schönen Antrag „zum Schutze des deutschen Volkstums“ einge- bracht. Nach diesem Antrag wird „wegen Rassenverrats mit Zuchthaus bestraft, wer es unternimmt, die natürliche Fruchtbarkeit des deutschen Volkes zum Schaden der Nation künstlich zu hemmen“.

Gegenüber dieser Drohung verdient es einiges Interesse, daß der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Fritz Weigel, wie die Zeitschrift der „Morn“ mitteilt, bereits wegen Weibhülfe zur Abtreibung nach § 215 StGB. verurteilt ist. Nach der nationalsozialistischen Theorie gehört er ins Zuchthaus. Die nationalsozialistische Praxis befördert ihn in den Reichstag!

Der sowjetrussische Volkskommissar des Inneren, Litwinow, hat auf der Durchreise nach Genf zwecks Teilnahme an der Vor- bereitenden Abrüstungskonferenz dem Reichsaussenminister einen Besuch abgestattet. Am Anschlag hieran fand heute auf Einladung des Reichsaussenministers ein Frühstück statt, an dem die Mit- glieder der kommunistischen und der deutschen Delegation, sowie die zuständigen Herren des Auswärtigen Amtes und der Sowjetpolitik teilgenommen haben.

Der Reichshaushaltsplan für 1931

Im Zeichen der Kürzungen.

Der Reichshaushaltsplan für 1931 wird heute dem Reichstag offiziell überreicht. Er schließt im ordentlichen Haushalt mit rund 10,4 Milliarden Mark in Einnahmen und Ausgaben ab, wozu noch der außerordentliche Haushalt in Höhe von 237 773 000 Mark stellt.

Die Zuleiheermächtigung zur Bestreitung außer- ordentlicher Ausgaben aus früheren Rechnungsjahren beträgt 648 Millionen, wozu für 1931 weitere 71 Millionen treten. Ferner wird der Finanzminister ermächtigt, zur teilweisen Deckung des Fehlbetrages aus dem Rechnungsjahr 1930

im Wege des Kredits die Summe von 375 Millionen Mark zur Abdeckung des Fehlbetrages zu beschaffen.

Weitere 150 Millionen Mark sollen im Wege des Kredits solange und soweit beschafft werden, als die durch die Veräuße- rung der Borgussaktien der Reichsbahn Kasse zu machenden Deckungsmittel noch nicht oder nicht in vollem Umfang zur Verfügung stehen.

Im Haushaltsgesetz ist auch vorgesehen, daß im Hinblick auf die Einschränkung des Personalaufwandes in der öffentlichen Verwaltung der Länder und Gemeinden

die Ueberweisungen an die Länder um 100 Millionen Mark gekürzt werden.

Garantien zur Förderung des deutschen Außenhandels sind bis zu 350 Millionen Mark vorgesehen. Die für den 1. April geplante sechszehnzehnte Kürzung der Beamtengehälter ist im Entwurf des Haushaltsplans bereits berücksichtigt, so daß in allen Haushaltsplänen die Ansätze für den Personalaufwand verringert worden sind.

Streichungen überall!

Der Haushaltsplan weist in allen Einzelteilen sehr erheb- liche Kürzungen auf. Beim Reichsinnenministe- rium, beim Auswärtigen Amt, beim Reichswirt- schaftsministerium und beim Reichswehr- ministerium sind vor allen Dingen fast alle Ansätze zur För- derung irgendwelcher Zwecke entweder gekürzt oder voll- ständig gestrichen worden, gleichviel, ob es sich nun dabei um die Pflege kultureller oder wissenschaftlicher oder technischer Bestrebungen handelt. Besonders beim Reichs- innenministerium ist die Möglichkeit der Beeinträchtigung dieser Gebiete auf das radikalste eingeschränkt worden.

Einschränkung sozialpolitischer Aufgaben.

Im Haushalt des Reichsarbeitsministeriums er- fordern die Reichszuschüsse zu den Renten der Invalidenversicherung mit rund 235 Millionen infolge der Zunahme der Renten gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 16 Millionen Mark. Dagegen wird der Beitrag des Reiches für Steigerungsbeträge der In- validenversicherung um 7 Millionen herabgesetzt, da die Zahl der in Frage kommenden Renten allmählich geringer wird. Der Reichszuschuß zur Familienwochenhilfe soll infolge der Finanzlage im Jahre 1931 ganz fortfallen.

Im Kapitel Arbeitsvermittlung und Arbeits- losenversicherung sind die Mittel für die Arbeits- fürsorge mit Rücksicht auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes um 100 Millionen auf 400 Millionen erhöht worden. Die Mittel für den Restock der Reichsanstalt sowie die Darlehen an die Reichsanstalt sind in Wegfall gekommen, da der Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben auf Grund der neuen Finanzvorlage der Reichsregierung neu geregelt werden soll.

Der sogenannte Wohnungsfürsorgefonds ist von 6,5 auf 5 Millionen Mark herabgesetzt worden. Um rund 7 Mil-

lionen wurden auch die Ausgaben für die wirtschaftliche Siedlung gekürzt.

Kürzungen haben auch erfahren die Mittel zur Förde- rung der privaten Wohlfahrtspflege, für die Blindenfürsorge und andere soziale Aufgaben. Für Zwecke der Kinderfütterung (bisher 1 Million Mark) sind keine Mittel vorgesehen.

Die Ueberweisungen an die Knappschaffliche Pensionsversicherung aus dem Lohnsteuerverkommen sind infolge des Rückganges der Lohnsteuer auf 6 Millionen, statt bisher 7,5 Millionen, beschränkt worden.

Für die Invalidenversicherung, die aus dem weiteren Zu- kommen gleichfalls noch bis zu 50 Millionen bekommen sollte, bleibt daher gar nichts mehr, es mußte ein Zerstückel eingeleitet werden.

Der Wehretat.

Im Haushalt des Reichswehrministeriums ist eine Ausgabenentlastung um insgesamt 7 Millionen vor- gesehen, und zwar 4,5 Millionen für das Heer, 2,5 Millionen für die Marine.

Die Ersparnisse werden zunächst nicht bei den einzelnen Teilen, sondern als Gesamtschritte im Abschluß ersichtlich gemacht.

Sie sollen erst am Schluß des Rechnungsjahres 1931 festgestellt und in der Haushaltsrechnung auf die einzelnen Titel verteilt werden.

Der 1930 begonnene Abbau der Heeresleitung wird fortgesetzt. Insgesamt sollen 397 Beamte, Offiziere, Angestellte, Unteroffiziere und Mannschaften eingespargt werden; davon 47 aller- dings erst 1932 oder später. Die Ersparnis für 1930 und 1931 aus diesem Abbau beträgt nicht ganz eine Million.

Bei der Marine werden Einnahmen von etwa 83 Millionen aus dem Verkauf von nicht mehr dienstfähigen Schiffen erwartet. Dafür kommen in Betracht drei Minenschiffe, drei Kreuzer, einige Torpedoboote, ein Vermessungsschiff, ein U-Boot usw. Der Rinderbedarf an jahrhundertlangem Ausgaben beträgt rund 6,5 Millionen gegenüber dem Etat von 1930. Besonders wich- tige Einsparungen sind rund 3 1/2 Millionen durch Einführ- ung der Instandhaltungskosten der Schiffe und Senkung der Magazinbestände. Dagegen haben sich die Kosten für Schiffsübungsmunition wesentlich er- höht. Es sind hierfür zunächst 1,4 Millionen angefordert, wie das Wehrministerium erklärt, „auf unter Zurückstellung vieler für Artilleriezwecke sonst noch beschäufert sehr dringender Forderungen“.

Für Schiffsbauten und Armierungen werden neben den 34,77 Millionen weiteren Kosten für die bereits genehmigten Neubauten nach ein erster Teilbetrag für das Panzerschiff „Ersatz Lothringen“ von 10,53 Millionen für den Bau von 5 UZ-Booten (Bewachungsfahrzeuge) von 2,9 Mil- lionen und den Bau von 7 CF-Booten (Uebungsfahrzeuge) von 1,5 Millionen angefordert. Insgesamt sind für Schiffsbauten und Armierungen gegenüber 1930 rund 9,2 Millionen mehr eingelegt.

Eingeplant werden bei den Arbeiten zur Verbesserung der West- und Ostkanäle, des Arsenals Kiel und des Fahrwassers der Tade insgesamt 1,8 Millionen, bei den Kosten für die Verbesserung der Betriebsbedingungen und der Wasserausbildung rund 3,2 Mil- lionen, bei den Kosten der Unterbringung und Fürsorge 0,8 Millionen.

Dagegen erhöhen sich die Ausgaben von Luftschu- bungen um 1 Million. Insgesamt sind die einmaligen Aus- gaben gegenüber 1930 um 2,6 Millionen höher angelegt.

A — B — C — D!

Vier Panzerschiffe in sechs Jahren! — Das neue Flottenprogramm.

Der Etat für 1931 enthält das neue Marinebaupro- gramm. Im Haushalt der Reichsmarine für 1931 beginnt der Abschnitt über die einmaligen Ausgaben mit folgender Vor- bemerkung:

Regelung der Ersatzfrage. a) Kriegsschiffe (Panzer- schiffe, Kreuzer, Zerstörer und Torpedoboote) werden — außer im Falle ihres Verlustes — nach Ablauf ihrer Lebensdauer ersetzt. Die Lebensdauer beträgt 30 Jahre für die Panzerschiffe und Kreuzer, 15 Jahre für die Zerstörer und Torpedoboote, vom Tage des Stapellaufs an gerechnet. b) Hilfskriegsfahrzeuge (alle übrigen Schiffe und Fahrzeuge) werden nach dem Grade ihrer Abnutzung und der Eignung für ihren Sonderzweck ersetzt. c) Für den Zeit- raum von 1931 bis zunächst 1936 werden die Ersatzbauten nach dem Schiffbauerschlupfen Teil 1 geregelt.

Die Aufnahme dieser Bestimmung in den Etat selbst ist auf einen Reichstagsbeschluß vom vorigen Jahre zurück- zuführen. Der „Schiffbauerschlupfen“ ist dem Etat als Beilage an- gefügt. Er sieht u. a. vor: daß das Panzerschiff „Ersatz Brauch“ (A) [Gesamtkosten 75 Millionen Mark] auf den Deutschen Werften in Kiel 1932 fertig wird, Panzerschiff „Ersatz Lothringen“ (B) [73 Millionen Mark] soll 1931 auf der Marinewerft begonnen, 1934 fertiggestellt, „Ersatz Braunschweig“ (C) 1932 begonnen und 1936 fertig- gestellt, „Ersatz Elb“ (D) 1934 begonnen werden.

Der auf der Marinewerft im Bau befindliche Kreuzer „Leipzig“ soll 1931 fertig werden und insgesamt rund 42 Mil- lionen kosten. Vier Zerstörerzestörer sollen 1934 bis 1936, fünf Bewachungsfahrzeuge für 2,9 Millionen Mark 1931 bis 1932, fünf Torpedoboote ab 1934 gebaut werden. Artillerie- und Schulboot „Ersatz Drache“ (Gesamtkosten 9,54 Mil- lionen) wird 1931 auf der Marinewerft fertig. Artillerie- und Schulboot „Ersatz Han“ soll 1936 auf Kiel gelegt werden. Der Bau von sechs Ersatzminensuchbooten soll 1933 beginnen. Sieben Sperrübungsfahrzeuge für 1,5 Millionen sollen 1932/33 gebaut werden.

Als Gesamtlösungsbetrag für Schiffsbauten wird für die sechs Jahre, die der Plan umfaßt, die Durchschnitts- summe von 50 Millionen angegeben.

Panzerschiff B („Ersatz Lothringen“) soll demnach im kommenden Jahre in Angriff genommen werden, C und

D sollen nachfolgen — trotz Krise und Arbeitslosigkeit, trotz drückendster Not! So sieht der Reichswehretat im Zeichen der Sparsamkeit aus!

Rüstungspolitik bei Defizit.

Der schweizerische Etat für 1931, den der Bundesrat soeben dem Parlament zugehen ließ, zeigt die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in der Schweiz. Zum erstenmal seit 1925 wird der Etat für 1931 wieder ein Defizit aufweisen, nämlich von 7 700 000 Franken. Die Ursache ist in erster Linie die Steigerung der Ausgaben, die zum Teil, aber auch nur zum Teil auf Woh- nungen zur Bekämpfung der Kriegsfolgen zurückzuführen ist. Um die ersichtlicher ist es, daß der Bundesrat sich bemüht glaubt, in einer solchen Zeit seine Rüstungspolitik geheimert fortzuführen.

Wie klug ist die Sozialdemokratie?

Und wie dumm ist Herr Tucundus!

Die „Kreuzzeitung“ bringt einen Artikel „Wie klug ist die Sozialdemokratie?“ von Tucundus. Dieser beginnt mit fol- gendem Satz:

Die Sozialdemokratische Partei ist eine Abteilung der zweiten Internationalen und somit programmäßig pazifistisch, und sie ist, weil eine deutsche sozialistische Partei, gegen die Abtreibung der Franzosen.

Wie klug die Sozialdemokratie ist, läßt sich schwer sagen. Aber Herr Tucundus ist so dumm, daß es kaum zu glauben ist!

Die Folgen einer Schwäche.

Thüringen verlangt Polizeizuschüsse.

Das Reichskabinett ist dem Reichsinnenminister bei seinem Vor- gehen gegen Braunschweig in den Arm gefallen. Braunschweig erhält trotz Franzosen keine Polizeizuschüsse.

Die Folge ist, daß nun auch Thüringen die Aufhebung der Sperrverträge verlangt. Die Fraktion der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei in Thüringen hat durch ihren Vorsitzenden Vorstellungen bei nachstehenden Reichsministern in Berlin erhoben, um mindestens eine Gleichstellung Thüringens mit Braunschweig in der Frage der Behandlung der Polizeizuschüsse zu erreichen. Es bedeute bei der Haltung der Reichsregierung gegenüber Thüringen eine Härte, wenn Thüringen weiterhin die Gelder gesperrt würden.

Das ist die Folge der Halbheit!

Die Berliner Opernfrage.

Keine völlige Lösung der Beziehungen; künstliche Interessengemeinschaft in Aussicht genommen.

Der Künstliche Brauflische Pressedienst teilt mit: In der gestrigen Unterredung zwischen dem Kultusminister, Bürgermeister Schulz und Stadtdirektor Lange über die weitere Zusammenarbeit zwischen Staats- und Städtischer Oper wurde folgendes erörtert:

1. Eine völlige Lösung der Beziehungen zwischen den Opernbetrieben unter den Linden und Charlottenburg liegt nicht im Interesse der beiden Institute.

2. Eine Vereinigung der Opernbetriebe unter den Linden und Charlottenburg müßte nach Ansicht des Ministers, wenn sie zu weiteren wesentlichen Ersparnissen führen sollte, auf einer reiflichen rechtlichen und wirtschaftlichen Einheitsrichtigkeit beruhen (einheitliches Personal, gemeinsame Kassen, Teilung des Zuschusses nach einem vorher festgelegten Schlüssel usw.). Eine solche Verschmelzung wäre für den Staat nur auf dem Wege des Gesetzes möglich und würde — abgesehen von den langwierigen Vorbereitungen, die bis zur Fertigstellung des nächstjährigen Haushaltsplans von beiden Parteien nicht mehr getroffen werden können, — zunächst auf Schwierigkeiten stoßen, deren Lösung in kurzer Zeit nicht möglich ist. Die Möglichkeit eines solchen Zusammenschlusses soll von beiden Seiten weiter geprüft werden.

3. Für eine künstliche Interessengemeinschaft wurden folgende Punkte besprochen, die in einer weiteren Aufsichtsratsung der Städtischen Oper beraten werden sollen:

a) Für die laufende Spielzeit bleibt, während die Personalunion aufgehoben wird, der sachliche Teil der Arbeitsgemeinschaft aufrechterhalten. Generalintendant Tietjen ist ermächtigt, sich für die hieraus erwachsenden Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus glaubt der Minister eine weitere Belastung der Arbeitskraft des Herrn Tietjen nicht verantworten zu können.

b) Für die Zeit nach Ablauf der gegenwärtigen Spielzeit soll ein Abkommen über die gemeinsame Wahrung der künstlerischen und wirtschaftlichen Interessen beider Institute getroffen werden. Die Verständigung soll sich u. a. beziehen auf Personalfragen, Erwerbung von Werken, Spielplangestaltung, Dekorationswesen, Rundfunkfragen, Metallarbeiten. Der Minister gab dem Wunsch Ausdruck, daß im Rahmen dieser Verständigung die Städtische Oper sich besonders auf dem Gebiet der sozialen Kunstpflege härter betätigt, da auch damit zu rechnen sei, daß die Oper am Platz der Republik nach Ablauf dieser Spielzeit geschlossen wird. Die Staatsoper wird bei der Abtretung von Aufführungsrechten, die ihr allein zustehen, der Städtischen Oper möglichst weit entgegenkommen.

Der Aufsichtsrat der Städtischen Oper A. G.

hat von den gestern vormittag stattgefundenen Verhandlungen des Bürgermeisters Schulz und des Stadtdirektors Lange mit dem preussischen Kultusminister Kenntnis genommen.

Generalintendant Tietjen legte gemäß dem Wunsche des Ministers sein Amt in die Hände des Aufsichtsrates zurück. Nach Abschluß des Vertrages des stellvertretenden Intendanten endet mit der Beendigung des Generalintendanten zugleich auch der Vertrag des stellvertretenden Intendanten. Daher mußte der Aufsichtsrat Vorläufe für eine reibungslose Fortführung der Geschäfte treffen. Dieses ist durch folgenden Beschluß erfolgt:

Der Singer bleibt vorläufig bis zur Beendigung der laufenden Spielzeit in seiner bisherigen Stellung. Die Stellung eines Intendanten soll sofort mit kurzer Frist ausgeschieden werden.

In dieser Beschlußfassung liegt durchaus nicht eine Ablehnung weiterer Verhandlungen mit der Staatsoper über die Fragen der Interessengemeinschaft oder einer Fusion.

Der Rapp-Puffsch vor dem Reichsgericht.

Muß Kapitän Ehrhardt bezahlen?

Das Reichsgericht wird sich heute noch einmal mit dem Rapp-Puffsch zu beschäftigen haben, und zwar mit den zivilrechtlichen Folgen dieses Unternehmens, die sich für den ehemaligen Führer der Marinebrigade, Kapitän Ehrhardt, ergeben haben. Ehrhardt hatte, ebenso wie General v. Lüttich und Major Bischoff im August 1927 vom Reichswehrministerium die Mitteilung erhalten, daß er wegen des Vermögensschadens, der dem Reich durch den Rapp-Puffsch erwachsen sei, in voller Höhe in Anspruch genommen werde.

Gegen diesen Beschluß ließ Ehrhardt eine Feststellungsfrage beim Landgericht I einreichen, wonach das Reich gegen ihn keine Schadenerschuldprüche geltend machen könne. Wenn das Reichswehrministerium den entstandenen Schäden in der von General v. Lüttich vorgeschlagenen Erhöhung der Reichswehrzulagen erblicke, so vermahne sich Ehrhardt gegen eine Inanspruchnahme dafür, weil Lüttich sein Vorgesetzter gewesen sei und er, Ehrhardt, nur als Untergebener die Anordnungen des Generals ausgeführt habe. Es sei tatsächlich unrichtig, daß er als Führer der Marinebrigade Ehrhardt auch ein Führer des Rapp-Puffsches gewesen sei.

Das Landgericht I in Berlin hatte die Schadenerschuldprüche des Reichsministeriums zum Teil als berechtigt anerkannt, während das Kammergericht diese Entscheidung aufhob, weil die Schadenerschuldprüche des Reiches erst so spät geltend gemacht worden seien, daß sie als verwirrt angesehen werden müßten. Gegen diesen Urteil des Kammergerichts meldete das Reichswehrministerium Revision an, die nun den 3. Zivilsenat des Reichsgerichts beschäftigen wird. In der heutigen Verhandlung wird es sich in erster Linie darum drehen, wer als Führer des Rapp-Unternehmens außer dem inzwischen verstorbenen General-Landshaftdirektor Rapp anzusehen war.

Zentrale der Mörder.

Neben Heines auch Schulz.

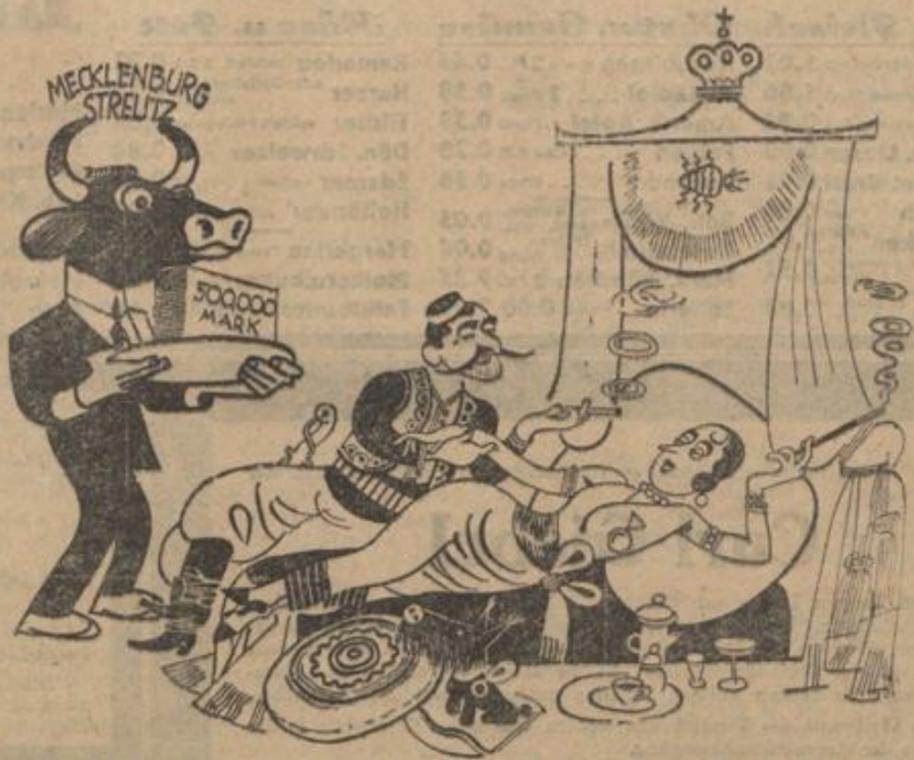
Aus München wird gemeldet, daß Hitler den amnestierten Führer der Feuerbrüder, Oberleutnant a. D. Paul Schulz, in die Reichsparteileitung der Nationalsozialistischen Partei berufen hat.

Revision im Bombenlegerprozeß. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat die Staatsanwaltschaft im Bombenlegerprozeß Revision eingelegt. Von den Angeklagten hat bisher nur der zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilte Wolf durch seinen Verteidiger Revision einlegen lassen. Die Frist läuft jedoch bis zum 7. November.

Chemais viel älter war das große Petersburger Blatt „Rozwoje Wremja“. Sie erschien seit 1876 in Petersburg, dann seit 1918 in Belgrad und hat nun ihr Erscheinen eingestellt.

Milika von Montenegro.

„Mich hat noch nicht vergessen mein teures Vaterland!“
Frei nach der „Lustigen Witwe“.



„Danke, laß meine Hand los. Ich muß das Geld einfälschern, das mir mein teures Ochsenkopf-Vaterland nachwirft!“

Heimwehr bricht Wiener Verbot.

Schuhbund beachtet Uniformverbot.

Wien, 3. November. (Eigenbericht.)

Die Heimwehr hatte am Sonntag einen Aufmarsch in Uniform. Der republikanische Schuhbund hat am Montag durch eine Abordnung unter Führung des Abg. Dr. Deutsch bei dem Bürgermeister Selz unter Vorweisung von Photographien darauf aufmerksam gemacht, daß die Heimwehr am Sonntag unter den Augen von Ministern das Aufmarschverbot durchbrochen hat. Sie stieß daher an den Bürgermeister das Ersuchen, das Aufmarschverbot aufzuheben, da es dem Grundgesetz der Gleichheit widerspreche, daß dem Schuhbund verboten bleibt, was der Heimwehr erlaubt ist. Der Bürgermeister antwortete, auch ihm sei berichtet worden, daß das Aufmarschverbot am Sonntag durchbrochen wurde. Trotzdem wolle er das Aufmarschverbot nicht aufheben, und er appelliere im Interesse der Ruhe und Ordnung an den republikanischen Schuhbund, das Aufmarschverbot streng einzuhalten. Er werde selbstverständlich die notwendigen Befehle geben, daß auch die anderen Formationen zur strengen Einhaltung des Aufmarschverbots angehalten werden. Nach einer längeren Aussprache sagte die Abordnung dem Bürgermeister zu, daß der Schuhbund von einem uniformierten Aufmarsch abstehe und sich bei dem am Dienstag stattfindenden Fackelzug mit einem Aufmarsch in Zivil begnügen werde. Tatsächlich hat auch die Zentralkommission des republikanischen

Schuhbundes eine Weisung an seine Mitglieder erlassen, sich an dem Fackelzug, der am Dienstagabend stattfindet, nicht in Uniform, sondern in Zivil zu beteiligen.

Polizei auf Waffensuche.

Wien, 3. November. (Eigenbericht.)

Der sozialdemokratische Parteivorstand ersucht einen Aufruf an die Genossen und Genossinnen, worin er mittelst ihm sei bekannt geworden, daß die Regierung am Dienstag in verschiedenen Parteilokalen in Wien und in den anderen Bundesländern Hausdurchsuchungen durchführen lassen wolle. Der Vorstand äußert sich, daß nach Woffen gesucht werde. Der Parteivorstand fordert die Genossen und Genossinnen dringend auf, sich nicht zu Unbefonnenheiten provozieren zu lassen. Was die Frage der Waffendurchsuchungen anbelangt, habe die Partei nichts zu verbergen. Sie sei unbedingt und jeder Zeit schon seit Jahren für die beiderseitige innere Abrüstung und der gegenseitigen Kontrolle eingetreten. Die Arbeiterklasse werde dagegen nie einseitig darauf verzichten können, sich zur Verteidigung der republikanischen Verfassung bereit zu halten, solange nicht die beiderseitige Abrüstung durchgeführt wird.

Soeben erschien bei J. M. W. Dietz:

Der Volksbetrug der Nationalsozialisten

Rede des Abg. Dr. Hoegner in der Reichstagsitzung am 18. Oktober

Preis 20 Pfennig

Lardieu verkriecht sich hinter Briand.

Vor der auswärtigen Debatte.

Paris, 3. November. (Eigenbericht.)

Der sozialistische Parteiführer Léon Blum, hat am Sonntag in Narbonne auf dem Kongreß der sozialistischen Jugend Frankreichs an die Regierung Lardieu die schärfste Kampfanzeige gerichtet. Die sozialistische Parlamentsfraktion werde jede Gelegenheit ergreifen, so sie eventuell selbst provozieren, um das Kabinett zu stürzen. Die Regierung, um die sich die ganze Reaktion in eifriger Wachsamkeit geschart hat, habe in Frankreich eine Atmosphäre vorbereitet, die bis in die letzten Zweige des politischen Lebens reaktionär gewirkt habe. Auch auf militärischem Gebiet habe die Regierung nichts als Reaktion gestiftet. Sie sei das Haupthindernis auf dem Wege der Abrüstung und Versöhnung.

Trotz dieser energischen Kriegserklärung scheint sich die Position des Kabinetts für die am Dienstag beginnende große außenpolitische Debatte in der Kammer wesentlich gebessert zu haben. Lardieu hat sich nach längeren Zögern doch mutig und entschlossen hinter den Rücken Briands geschickt und hat so die patriotische Opposition gegen die Außenpolitik Briands um ihren schönsten Kampfesleiter gebracht. Auch das Interview des Reichstanzlers Brüning im „Petit Parisien“ hat hier beinahe wie eine Entlastungsaktion zugunsten Briands gewirkt. Der „Temps“ ist bisher das einzige Blatt, das davon Ratiz genommen hat, aber auch er sucht sich aus der Erklärung Brünings die ihm genehmen Punkte heraus. Er unterstreicht vor allem, daß Brüning jede Volkstut der Weltereue ablehnt und den Willen Deutschlands zur friedlichen Zusammenarbeit erneut ausdrückt. Wenn auch einige seiner Forderungen nur schwer mit dem Versailles Vertrag und mit den Rechten und Interessen Frankreichs in Einklang zu bringen seien, so habe Brüning augenscheinlich doch die Notwendigkeit verspürt, jenem Mißtrauen entgegenzuwirken, das durch die brutale und öftig ausfallslose Agitation der Hitler und Hugenberg im Ausland entstanden sei. Die Mächte, die in der Aufsicht-

erhaltung der Verträge die wichtigste Garantie für den Frieden sähen, hätten aber trotz Brünings Erklärungen die Fiktion, fest und langsam zu bleiben.

Mussolini bekommt Bankengeld.

Ueber den Kopf der französischen Regierung.

Paris, 3. November. (Eigenbericht.)

Wie der „Antirancigeant“ berichtet, hat trotz der Demenstis der französischen Regierung eine Bankengruppe unter Führung des Credit Lyonnais der italienischen Regierung einen größeren Kredit eingeräumt. Angeblich sollte Mussolini für diese Hilfe den verhältnismäßig hohen Zinssatz von sechs Prozent.

Das Blatt richtet die entrüstete Frage an die Regierung, ob der Kredit etwa über ihren Kopf hinweg gewährt worden sei, weil man doch nicht gut annehmen könne, daß Frankreich die italienischen Forderungen gegen sich selbst auch noch finanzieren wolle.

Belotti verhaftet und verschickt.

Fürth, 3. November. (Eigenbericht.)

Die „Rote Zürcher Zeitung“ erzählt, daß der ehemalige italienische Minister Bartolo Belotti auf Grund einer Weisung aus Rom von der Mailänder Polizei verhaftet wurde. Den Anlaß hierzu soll ein von der Polizeijur beschlagnahmter Brief Belottis an den früheren Ministerpräsidenten Bonomi gebildet haben, der sehr offen über die Korruption in der faschistischen Partei berichtete. Außerdem soll darin der Plan der Gründung einer Zeitschrift entwickelt worden sein, an der außer Belotti und Bonomi noch der frühere Ministerpräsident Delandio mitarbeiten sollte. Belotti soll auf fünf Jahre auf die Inseln verbannt werden. Der Eindruck der Verhaftung habe sich an der Woche kräftig fühlbar gemacht. Man ist sich im Zweifel darüber, ob Mussolini den Eindruck solcher Maßnahmen auf die Bevölkerung der Bombardier richtig einschätzt.

Täglich fünf Morde. Das Untersuchungsamt des Bundesjustizdepartements gab die Verbrecherstatistik der ersten 9 Monate des Jahres 1930 bekannt, die auf den Zahlen von 88 größeren amerikanischen Städten basiert und ein beträchtliches Anwachsen der Verbrecherrate aufzeigen. Die tägliche Mordrate ist von drei auf fünf gestiegen.

Jacob Goldschmidt, der Geschäftsinhaber der Darmstädter und Nationalbank, läßt öffentlich und auf das Bestimmteste mitteilen, daß er niemals, weder direkt noch indirekt, der Nationalsozialistischen Partei Gelder gegeben habe, ferner daß er niemals einen nationalsozialistischen Führer empfangen habe.

Die Hetze ist tot!

Untersuchungsausschuß über die Berliner „Mißwirtschaft“ stirbt in Lächerlichkeit Böb noch einmal vernommen — Schnüffelei aus parteipolitischer Gehässigkeit

Der von den Deutschnationalen seinerzeit im Preussischen Landtag beantragte Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Mißwirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung stirbt jetzt nach seiner 54. Sitzung in Lächerlichkeit. Noch einmal marschiereten am Montag eine Reihe von Zeugen auf, die auf Antrag der Deutschnationalen vorgeladen waren, um mit dem Oberbürgermeister Dr. Böb konfrontiert zu werden. Das peinliche Verhör, das dabei namentlich Abg. Hilliger (Dnt.) mit dem Oberbürgermeister anstellte, wirkte aber nicht anders als kleinliche Schnüffelei.

So nahmen denn nacheinander am Zeugentisch die Prominenten des Berliner Hotel- und Gastwirtsgerwerbes Platz: die Herren Pelzer, Generaldirektor Rüpshöh vom Excelsior-Hotel, Lorenz Wilson und Knebel vom Weinhaus Hiller, die sämtlich darüber auslagten sollten, daß der Oberbürgermeister sie zu sich kommen ließ, um sie zu „schröpfen“. Es handelt sich um den Ankauf eines wertvollen Bildes von Max Liebermann „Die Geschwister“, das der inzwischen verstorbenen Kunsthändler Cassirer der Stadt für 45 000 M. angeboten hatte, um eine Umwandlung des Kunstwerkes in das Ausland zu vermeiden. Dr. Böb leitete eine Sammlung in die Wege und soll dabei auch an die genannten Zeugen mit der Aufforderung herangetreten sein, sich mit Spenden zu beteiligen. Er hatte dabei die Idee, das Bild „zur Hebung des Fremdenverkehrs“ im Foyer der Städtischen Oper aufzuhängen und tatsächlich ist auch so verfahren worden. Nach einiger Zeit wurde es jedoch auf Anraten des Generalintendanten wegen Diebstahlsgefahr entfernt und hängt jetzt in der Stadtbibliothek. Nach den Angaben des Oberbürgermeisters aber haben die Vertreter des Gastwirtsgerwerbes nur einen kleinen Teil der genannten Summe aufgebracht.

Die nicht erschienene Reklamenotiz.

Es ergab sich ferner, daß Herr Pelzer 500 M. gegeben hatte, Herr Lorenz Wilson 1000 M., und zwar gern, wie er ausdrücklich betonte, weil er ein Interesse an der Kunst im allgemeinen und an Max Liebermann im besonderen hat. Herr Rüpshöh hat für das Excelsior-Hotel eine Spende rundweg abgelehnt und Herr Knebel vom Weinhaus Hiller wußte überhaupt von nichts, denn er war um keine Spende gebeten worden. Die Deutschnationalen hatten ferner behauptet, daß Dr. Böb zu einer privaten Veranstaltung in seiner Wohnung bei Pelzer Essen bestellt, daselbe aber schließlich zu bezahlen „vergessen“ habe. Es wurde aber festgestellt, daß der Oberbürgermeister 1924 in Wahrnehmung seiner Repräsentationspflichten als Stadtoberhaupt in den Anstalten seiner Dienstwohnung den damals anfänglich einer Musikwoche in Berlin anwesenden Komponisten und Musikern ein Essen gegeben hat, das bei Pelzer bestellt und von diesem auch geliefert wurde. Pelzer behauptet, es sei ihm telefonisch von irgendeiner Magistratsstelle das Ansuchen gestellt worden, das Essen zum Einkaufspreis zu liefern. Die hier in Betracht kommenden Beamten aus der Umgehung des Oberbürgermeisters bestreiten jedoch diese Angaben. Pelzer hat dann überhaupt keine Rechnung eingereicht, damit man ihn künftig mit derartigen Ansuchen versehen. In einem anderen Falle hat Pelzer nach einem Wohlbehagen im Zoo mit von ihm gestifteter Tombola deren Erlös in Höhe von 9300 M. zu einem Drittel notleidenden Künstlern und zu zwei Dritteln der Volkspolizei zur Verfügung gestellt. Er fühlt sich nun dadurch benachteiligt, daß eine über diese Wohlthätigkeit berichtende Notiz in den Zeitungen nicht erschienen ist.

Also viel Lärm um nichts! Man hatte durchaus den Eindruck, daß ein einer unterbliebenen Reklamenotiz willen und — vielleicht auch als Nachwirkung des berühmten Flagenstreites in

Berlin mit den Hoteliers — sich der Ausschuh bis nachmittag mit Bagateltsachen beschäftigen mußte. Die Vernehmungen sollten noch einmal gegen die Stadtverwaltung politisches Material liefern. Aber die Aktion der Deutschnationalen ist täglich verpufft.

Der Rest der Verhandlung wurde ausgefüllt durch einen Disput über Zuständigkeiten zwischen dem Oberbürgermeister und dem Zeugen Bezirksbürgermeister Dr. Herz (Soz.) vom Verwaltungsbezirk Kreuzberg. Anlaß dazu gab der Tunnelbau des Hotel Excelsior unter der Stresemannstraße nach dem Anhalter Bahnhof. Dr. Herz erhebt dabei gegen die Zentrale den Vorwurf, daß bei der Vorbereitung des bedeutlichen Projektes das Bezirksamt Kreuzberg ausgeschaltet wurde. Die Behauptung der Deutschnationalen, daß um der persönlichen Freundschaft des Oberbürgermeisters mit dem Chef des Hauses Excelsior, Geheimrat Eißner, willen der Bau des Tunnels beschleunigt wurde, weist Dr. Böb mit Entrüstung zurück. Er bezieht sich dabei auf die abschließende Untersuchung des Oberpräsidiums als Ausschussinstanz.

Zum Schluß beantwortete noch ein Vertreter des Staatsministeriums die Anfrage, ob Stadträte oder Staatsbeamte sich als Schiedsrichter betätigen dürfen. Danach dürfen unbesoldete Stadträte, die neben ihrem Ehrenamt noch in einem Hauptberuf tätig sind, ein Schiedsrichteramts übernehmen. Nur wenn eine solche Schiedsrichtertätigkeit im Zusammenhang mit Dienstverhältnissen steht, hat darüber der Magistratsdeputierten zu entscheiden. Unmittelbare Staatsbeamte bedürfen zur Ausübung einer solchen schiedsrichterlichen Tätigkeit der Genehmigung der vorgehenden Dienststelle, sofern es sich um keine ständige Beschäftigung handelt. Es handelt sich hier um den verstorbenen Stadtrat Busch und Regierungsdirektor Abramowitsch vom Polizeipräsidium. Es ist festgestellt worden, daß in beiden Fällen die Übernahme des Schiedsrichteramtes amtlich nicht zu beanstanden ist.

In kurzer nichtöffentlicher Sitzung beschloß hierauf der Ausschuh einstimmig, die Beweishebung abzuschließen. Das Präsidium des Berichterstatters soll erst Anfang Januar stattfinden.

Damit haben die Untersuchungen des Ausschusses zur Prüfung der Mißwirtschaft in Berlin ein unruhliches Ende gefunden. Sie waren nicht objektiv. Parteipolitische Gehässigkeit haben ihnen den Stempel aufgedrückt und in entstellender, demagogischer Weise haben die Reaktionen aller Schattierungen aus ihnen ihr trübes Material geschöpft, mit dem sie im September den Reichstagswahlkampf gegen die Gemeinwirtschaft und gegen die Sozialdemokratie führten.

Wo kann Berlin noch sparen?

Magistrat in größten Sorgen. — Defizit schon weit über 10 Millionen.

In einer außerordentlichen Sitzung begann gestern der Magistrat die Beratung des Nachtragshaushalts, die am kommenden Mittwoch fertiggestellt werden soll. Man ist bestrebt, weitere Einsparungen an dem Notetat zu machen. Berlins Finanzlage ist außerordentlich ernst. Durch die dauernd steigenden Wohlfahrtslasten und den Rückgang der Konjunkturfleuren ist das Defizit auf weit über siebenzig Millionen Mark angewachsen.

Im Etat sollen alle Posten, die bis jetzt noch nicht vorausgabt worden sind, gestrichen werden. Es handelt sich hierbei allerdings meist um nur geringere Beträge. Heute findet eine Besprechung über die Gesamtlage mit den Bürgermeistern der einzelnen Bezirke statt.

Autounglück bei Wannsee.

Drei Leipziger Automobilisten erheblich verletzt.

Auf der Berlin-Potsdamer Chaussee ereignete sich am Montagnachmittag ein schweres Autounglück, bei dem drei Personen erheblich verletzt wurden.

Ein Privatauto, das von dem Besitzer, dem 50jährigen Kaufmann Gustav Gamberger aus Leipzig gesteuert wurde, geriet dicht bei Wannsee ins Schleudern und rost gegen einen Baum. Der Wagen wurde zertrümmert und der Fahrer sowie seine Begleiter, ein junges Ehepaar aus Leipzig, erlitten komplizierte Brüche und Kopfverletzungen. Die Verunglückten wurden in das Potsdamer Städtische Krankenhaus übergeführt. Das Auto wurde abgehleppt.

Beim Ueberfahren des Fahrbanmes in der Neuen Kassestraße wurde gestern der 21jährige Hausdiener Walter Sappitzki aus der Dresdener Straße von einem Postauto überfahren. Die Räder des schwerbeladenen Fahrzeuges gingen so unglücklich über den jungen Mann hinweg, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Tausend Häuser eingestürzt.

Hochwasser auch in der Türkei. — Smyrna verwüstet.

Beinahe 1000 Häuser sind bei den Ueberschwemmungen in der türkischen Hafenstadt Smyrna eingestürzt und die Gesamtziffer der von den zusammenstürzenden Mauern Erschlagenen sowie der Ertrunkenen steht noch immer nicht fest; bis jetzt konnten erst 100 Tote identifiziert werden. Das Wasser stand tagelang so hoch, daß in den Bäckereien nicht gebacken, in den Schlachthäusern nicht geschlacht, in den Zeitungsdruckereien nicht gedruckt werden konnte. Es trat eine so empfindliche Lebensmittelnappheit ein, daß unter der Bevölkerung eine Panik ausbrach. Nachdem in den letzten Oktobertagen der Sturm auf dem Meere nachließ und die Regenfälle zugleich an Heftigkeit verloren, konnte das aufgestaute Wasser zur See abfließen, und die Stadt kehrt jetzt wieder zu ihrem normalen Leben zurück.

Gasexplosion bei der Ruhrchemie.

Drei Arbeiter schwer verletzt.

Sterkrade, 3. November.

Bei der Ruhrchemie N.-G. im Holtener Bruch bei Sterkrade sind kurz hintereinander zwei Koksgasexplosionen erfolgt, durch die das Dach der Halle vollkommen abgedeckt, die Mauern zum Teil und alle Fenstergehäusen der Halle sowie in der nächsten Umgebung zertrümmert wurden. Ein Arbeiter wurde dabei schwer, zwei weitere wurden leicht verletzt.

Der Werkfeuerweh gelang es, den Brand einzudämmen und durch Absperrung der Gaszuführung vom Gasometer jede weitere Gefahr zu beseitigen. Die Ursache der Explosionen ist noch nicht geklärt.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet am kommenden Donnerstag, dem 6. November 1930, statt. Beginn der Beratungen um 18½ Uhr. Auf der reichhaltigen Tagesordnung steht u. a. die Beratung von Grundstücksankäufen zur Durchführung der Untergrundbahnbauten. Berichterstatter ist der sozialdemokratische Stadtverordnete Schäfer, für die sozialdemokratische Fraktion spricht Stadtverordneter Robinson.

Wieder Anfliegen des Flughafens Dresden-Heller. Der Reichsverkehrsminister hat nunmehr den Luftverkehrsunternehmen das Anfliegen des Flughafens Dresden-Heller im planmäßigen Luftverkehr bis auf weiteres mit folgenden Flugzeugnummern gestattet: Junkers P 13, Junkers G 24 mit Bremen, Bayerische Flugzeugwerke M 18 und Fokker F VII. Andere Flugzeugmuster dürfen im planmäßigen Luftverkehr in Dresden nicht landen.



Es kam der Tag, wo Vater Eisermann ein sah, daß auch er trotz seiner Zuschlagmuskel die Gewalt über Paul und Ludwig verloren hatte. Da beschloß er, von nun an die jüngeren seiner Kinder mit um so größerer Strenge zu erziehen. Von irgendwoher war der Bibelspruch in seinem Gedächtnis hängen geblieben: Wer seine Kinder lieb hat, züchtigt sie! Nach dieser erhabenen, durch Jahrhunderte geheiligten Weisheit wollte er künftighin handeln. Doch noch ehe er dazu kam, seine Entschluß in die Tat umzusetzen, trat ein Ereignis ein, das sein Vorhaben mit einer Handbewegung auswichte wie ein nasser Schwamm eine Kreidestrichung.

Dies Ereignis war der Tod seiner Frau. Nach kurzem Krankenlager starb sie. Ausgelöscht war sie, verweht wie ein Licht. So still und unbemerkt, wie sie gelebt hatte, so still und unbemerkt war sie hinaus auf die ewige Wanderchaft, und all Geschrei der Kinderchar rief sie nicht mehr zurück.

Nun sah Vater Eisermann da mit seinen vielen Kindern und wußte die erste Zeit nicht aus noch ein.

Gut, daß wenigstens Paul und Ludwig so weit waren, aus der Schule zu kommen und irgendeine Arbeit anzunehmen.

Der älteste lief denn auch sofort nach dem Begräbnis der Mutter in eine Fabrik. Er wollte kein Handwerk lernen, keine Lehr- und Schinderjahre durchmachen, wie er sagte. Ihn lockte der verhältnismäßig hohe Verdienst als ungeleiteter Fabrikarbeiter. Da gab es alle vierzehn Tage bares Geld in die Hand, und so viel fiel immer ab, als er brauchte, um mit Mädchen und Kollegen auf Kummelplätzen und billigen Varietés sich ein paar fröhliche Stunden zu verschaffen.

Ludwig dagegen wollte ein Handwerk erlernen. Auf dem Hofe war eine Tischlerwerkstatt, die schon von jung an eine gewisse Anziehungskraft auf ihn ausgeübt hatte. Stundenlang war er davorgestanden und hatte seine

Nase an die blinden verstaubten Scheiben gedrückt, um dem alten Meister zuzusehen, der kunstgerecht allerlei Möbel baute. Das war ein Handwerk, das dem Jungen gefiel. Das war anders, als alte Schuhe flicken! Das war knifflig und wert, daß man es lernte! Deshalb stand es in ihm fest: Ich will Tischler werden!

Als er nun aus der Schule kam, erklärte er dem Vater mit seiner hellen Knabenstimme: „Vater, du sagst doch immer, Handwerk habe goldenen Boden!“

„Hat es auch, Ludwig! Willst du etwa Schuhmacher werden?“

Der Knabe schüttelte energisch den Kopf: „Nein, Vater, Schuster, das ist so dreckig!“

Da ging der Alte hoch wie von einer Axt gestochen. Rot vor Zorn schrie er: „Was sagst du? Schuster? Willst du Lausbengel mein ehrbares Handwerk beleidigen?“ und er suchte nach dem Spannriemen, um nach Ludwig zu schlagen.

Doch der Junge wich keinen Schritt zurück. Furchtlos sah er dem zornigen Mann ins Gesicht: „Es ist wahr, was ich sage, Vater. Ich mag nicht immer den Geruch von fremden Füßen in der Nase haben! Nicht immer alle Schlurpen flicken!“

„Was verstehst du schon davon, Junge! Du denkst nicht an die neuen Stiefel, die man machen kann. Es gibt doch nicht nur Flidarbeit!“

„Ganz egal!“ sagte Ludwig. „Ich will nicht. Ich möchte Tischler werden. Du kennst doch den Meister, der im Hof hinten seine Werkstatt hat...“

„Ach so, der? Na, der wird gerade auf 'nen Lausjungen wie dich gewartet haben...“

„Es kommt auf einen Versuch an!“ sagte Ludwig und lief aus dem Laden.

Freilich, vor der Werkstatt wurden seine Schritte merklich langsamer, und als er gar drin stand, klopfte ihm das Herz bis zum Hals heraus und er brachte kein Wort heraus.

Der Meister schaute ihn eine Weile über die Brille hinweg an. Seine Miene war nicht besonders einladend.

„Was willst du hier?“ schnaubte er schließlich.

„Ich will... ich will... ich will...“ stotterte Ludwig. Aber da war es mit seinen Sprachschähen bereits zu Ende. Was er wollte, das, Junge?“

Die Stimme des Tischlermeisters war bei der zweiten Frage bedeutend schärfer geworden. Sie klang beinahe wie eine Drohung.

Eigentümlicherweise gab gerade diese Härte und Strenge Ludwig Mut, weiterzusprechen und sein Anliegen vorzubringen.

Der Meister hörte ihn ruhig an und sagte dann: „Na, da soll erst mal dein Vater zu mir rüberkommen!“

Ludwig stürmte über den Hof zurück und in den Laden. „Vater! du sollst zu dem Meister kommen!“ rief er freudig.

„Gleich!“

Doch bevor Eisermann von seinem Schusterschemel aufstand, nahm er erst einen tüchtigen Schluck aus der Flasche und hielt sie dann prüfend gegen das Licht, um sich zu vergewissern, ob noch genügend Nachfuhr darin sei. Erst dann ließ er sich von seinem Jungen in die Werkstatt führen.

„Guten Tag!“ sagte er freudig beim Eintreten.

„Tag!“ klang es mürrisch zurück.

Da stand nun der Schuhmachermeister an der Hobelbank, schneuzte, um seine erste Verlegenheit loszuwerden, ziemlich laut die Nase, schneuzte sie mehrfach und schaute dann interessiert dem Tischler zu, der einen alten Stuhl leimte, ganz in die Arbeit vertieft und seinen Besuch überhaupt nicht beachtend.

Eisermann wurde das Schweigen unheimlich. Nur um etwas zu sagen, plägte er schließlich heraus: „Interessanter Beruf das, die Tischlerei, gerade wie die Schuhmacherei!“

Da stellte der Tischler den Leimtopf mit einem harten Ruck hin, als hätte er einen unsichtbaren Schlag bekommen, und sah Eisermann betroffen an. Protestierend schüttelte er den Kopf und sagte, jedes Wort aus der tiefsten Stelle des Kehlkopfes herholend: „Das hier... das ist Kunst... Kunsthandwerk! Mancher lernt es nie!“

„Schuhmacherei ist auch Kunsthandwerk!“ brauste Eisermann auf. „Auch das lernt mancher nie, einen Schuh nach Maß zu machen!“

Doch das klang schon halb wie eine Entschuldigung.

Der Tischler warf ihm nur einen verächtlichen Seitenblick zu und leimte weiter an seinem Stuhl. Schließlich sagte er: „Wir wollen uns nicht streiten! Handwerk ist Handwerk! Jeder lobt das seine! Ich frage nun, will Er mir seinen Jungen in die Lehre geben? Bin zwar ein alter Mann und weiß nicht, ob ich solch einem jungen Dachs das Handwerk überhaupt noch beibringen kann. Aber sein Junge gefällt mir...“

(Fortsetzung folgt.)

Wie heißt der Taschendieb?

Zwei Namen und drei Nationalitäten!

Janos oder Peter? Jugoslawe, Bulgare oder Ungar? Das war die Frage, die das Schöffengericht Berlin-Mitte bewegte.

Ein längst bekannter aller Taschendieb internationalen Charakters stand vor Gericht. Zunächst aber war die Frage zu entscheiden, ob der Angeklagte mit seinem richtigen Namen Peter Serbenovic oder Janos Paulic heiße, ob er jugoslawischer, bulgarischer oder ungarischer Nationalität sei. Unter beiden Namen ist er bereits in verschiedenen Ländern und auch in Deutschland abgeurteilt worden. Bei einer früheren Verhaftung hatte man einen Papi auf den Namen Peter Serbenovic bei ihm gefunden. Jetzt hatte er sich aber in das Gefangenenebuch als Janos Paulic eingetragen. Er blieb auch dabei, daß er in Wirklichkeit Paulic heiße. Das hatte insofern für diesen Prozeß eine besondere Bedeutung, weil er außer wegen Taschendiebstahls auch wegen intellektueller Urkundenfälschung angeklagt war. Das Gericht entschied sich schließlich, den Angeklagten als Paulic alias Serbenovic abzuurteilen, und zwar nur wegen Taschendiebstahls, während die Anklage wegen Urkundenfälschung fallen gelassen wurde. Der Angeklagte hat im Juli eine Reihe von Taschendiebstählen in Berlin verübt und hat bereits ein Jahr drei Monate Gefängnis erhalten. Eine Nachtragsanfrage gegen ihn stand zur Verhandlung. Am 13. Juli fuhr ein Herr im Autobus und ließ beim Schaffner einen Zehnmarkschein wechseln. Das Wechselgeld steckte er in die kleine Tasche seines Rockes. Gleich darauf kam ein Mann von ausländischem Aussehen, der bis dahin auf der Plattform gestanden hatte, in den Wagen und setzte sich, obwohl die ganzen Bänke leer waren, neben den Fahrgast. Er zog eine Zeitung hervor und tat so, als ob er eifrig lese. Dabei rückte er seinem Nachbar immer näher auf den Leib. Diesem wurde das bei der damals herrschenden drückenden Hitze allmählich lästig und er fragte den fremden Mann, ob er sich nicht auf seinen Schoß setzen wolle. An der nächsten Haltestelle hinter den Linden stieg der unbequeme Mitfahrer aus und gleich darauf entdeckte der andere, daß sein Geld verschunden war. Auf die Beschreibung, die er von dem Fremden bei der Polizei abgab, wurde ihm auf dem Polizeipräsidium nach einigen Tagen der Peter alias Janos gegenübergestellt und er erkannte ihn wieder.

Der Angeklagte bestritt, der Täter zu sein und behauptete, daß er erst am Tage seiner Festnahme auf der Durchreise von Budapest nach Paris in Berlin eingetroffen wäre. Wo er sein Gepäck gelassen hat, gab er nicht an. Das Gericht kam zu der Überzeugung von der Schuld des Angeklagten und er hätte seine Strafe auf ein Jahr neun Monate Gefängnis.

Schnellzug entgleist.

Der Lokomotivführer zu Tode gequetscht. — Viele Eisenbahner schwer verletzt.

Bukarest, 3. November.

Der Schnellzug Bukarest—Cernowih ist im Bahnhof Muncel entgleist, weil er mit zu großer Geschwindigkeit durch die Station fuhr. Der Lokomotive mit dem Tender, der Postwagen und drei Personenwagen stürzten um. Der Lokomotivführer wurde zu Tode gequetscht, der Heizer wurde schwer verletzt. Sieben Eisenbahner, die im Postwagen arbeiteten, wurden ebenfalls erheblich verletzt. Reisende sind nicht zu Schaden gekommen.

Uрге Schäden in Schlesien.

Die Oderüberschwemmung südlich von Breslau.

Breslau, 3. November.

Wie die Wasserbauämter Dyhernfurth und Maltsch telefonisch melden, ist die Lage auf der linken Oderstromseite bei Neumarkt bedrohlich.

Bei der Ortschaft Seedorf sei der Oberdamm undicht geworden und die Bauern aus Seedorf und den umliegenden Ortschaften seien schon Tag und Nacht an der gefährdeten Stelle tätig. Am Dorfe Leubus sind zahlreiche Anwesen vom Wasser völlig abgeschnitten. In der Ohleniederung sind die vier Dörfer Althofna h, Treichen, Neuhaus und Dittwig bei Breslau durch Kilometerweite Wasserflächen, die stellenweise eine Tiefe bis zu fünf Metern aufweisen, vom Breslauer Vorstadtgebiet abgeschnitten. Etwa ein Dutzend Kähne versorgen die Bewohner mit Lebensmitteln, Post und sonstigem Tagesbedarf.

Taifun über den Philippinen.

Zahlreiche Todesopfer.

New York, 3. November.

Zahlreiche Inseln des philippinischen Archipels wurden von einem Taifun heimgesucht. Die Einwohner forderten dringend Hilfe an. Einzelheiten fehlen noch. Die Zahl der Opfer ist groß.

Die Philippinen sind die nördlichste Inselgruppe des malaischen Archipels. Sie wurden im Frieden von Paris 1898 von Spanien an die Vereinigten Staaten von Nordamerika abgetreten.

Wohltätigkeitsfest der Feuerwehr.

Morgen, Mittwochabend, um 20 Uhr, findet in den gemauerten Festhallen des Zoologischen Gartens ein Wohltätigkeitsfest statt, dessen Reinertrag für ein Erholungsheim der Berliner Feuerwehre bestimmt ist. Es spielen mehrere Kapellen; außerdem werden künstlerische Darbietungen und eine große Tombola für bessere Anregung sorgen. Eintrittskarten sind noch bei den Theaterkassen der Warenhäuser, Invalidendank, Wote u. Bod zum Preise von 5 M. erhältlich.

Die 76jährige weise Frau

Wegen dreifacher Abtreibung angeklagt

Vor dem Landgericht I verantworten sich acht Personen wegen versuchter und vollendeter Abtreibung, wegen Beihilfe und Anstiftung.

Zur Anklage stehen drei Fälle von Abtreibung — drei Frauentragedien. Die zentrale Figur des Prozesses bildet die 76jährige R. „Meine Eltern“, sagt sie, „waren reiche Leute; ich habe die höhere Mädchenschule besucht und von Seiner Majestät zwei Orden erhalten. Durch Unglück im Leben mußte ich Hebamme werden.“ „Sie haben im „Lokal-Anzeiger“ und in der „Morgenpost“ und auch in Provinzzeitungen inseriert: Vertrauensvolle Kunst und Beratung?“ fragt der Vorsitzende. „Was sollte ich tun? Ich war nach der Lappalie brotlos geworden.“ „Lappalie“, das waren vier Jahre Zuchthaus wegen berufsmäßiger Abtreibung — vorher hatte sie bereits ein Jahr Gefängnis. Nun sind es wieder drei Fälle, einer mit tödlichem Ausgang.

Die junge Stenotypistin F. ist bereits Mutter eines unehelichen Kindes; es lebt bei ihren Eltern. Nun ist sie ein zweitesmal in anderen Umständen. Aus Furcht vor dem Vater und auf Anraten ihrer Kollegin sucht sie eine Frau R. auf. Ein zweimaliger Eingriff bleibt ohne Erfolg. Da begibt sie sich in Begleitung ihrer Mutter zu der 76jährigen R. Die 55 Mark — es sollten anfangs 75 sein — waren nicht vergeblich bezahlt. Seitdem waren anderthalb Jahre vergangen, als die Großmutter des ersten Kindes wegen der Abtreibung Anzeige erstattete. Frau R. will die F. nur wegen Weichheit behandelt haben, die 76jährige spricht von gewissen krankhaften Erscheinungen, die mit einer

Schwangerschaft nichts zu tun hatten. Alles spricht aber dafür, daß das junge Mädchen die Wahrheit sagt. Der Eingriff, der bei ihr vorgenommen worden sein soll, entspricht ganz dem Eingriff, der in dem anderen Falle der Patientin das Leben gekostet hat.

Eine junge Arbeiterin, Mutter eines achtjährigen unehelichen Kindes, ist mit einem Klavierarbeiter verlobt. Im März soll die Hochzeit stattfinden. Am Silvesterabend teilt sie dem Bräutigam mit, daß sie in anderen Umständen sei. Sie will das Kind wegbringen. Er verbietet ihr das. Am 7. Januar liegt sie bereits im Krankenhaus. Am 11., fast am Rande des Todes, beichtet sie ihm, sie habe die Frucht abtreiben lassen, sie schreibt auf einen Zettel Name und Adresse der weisen Frau. 75 M. habe es kosten sollen, sie hatte nur 15, für die restlichen 60 M. hat sie Wäsche als Pfand gelassen. Die 76jährige R. bestrittet, einen Eingriff vorgenommen zu haben, die Wäsche wurde aber bei ihr gefunden.

Schließlich der dritte Fall. In einem Städtchen in der Nähe von Berlin unterhält eine junge Hausangestellte mit dem Sohn ihrer Herrschaft ein Verhältnis. Sie wird schwanger, die Eltern des jungen Menschen wollen die Schande nicht auf sich nehmen. Die Mutter versucht es zunächst mit Hausmitteln und Beschwörungsformeln. Als alles nichts hilft, fährt sie mit ihrer Hausangestellten zur 76jährigen Frau R. Der „Herr“ gibt das Geld dazu. Nach dem zweiten Eingriff muß die D. ins Krankenhaus. Hier bringt sie ein sechsmonatstündiges Kind zur Welt. Seitdem befindet sie sich in schwerem Siechtum. Auf Anraten ihrer verheirateten Schwester erstattet sie durch ihren Arzt Anzeige. Wieder will die sechsundsechzigjährige nichts gemacht haben.

Das Urteil folgt am Mittwoch.

Weil es der Herr Pfarrer war ...

Wie Pfarrer Schenk Gertrud Frenzels Pfleger wurde.

Die gestrige Verhandlung des Frenzel-Prozesses brachte noch nicht die mit Spannung erwartete Konfrontation des in der Untersuchung tätigen Staatsanwalts Dr. Fuhrmann mit den Mitgliefern der Familie Frenzel, da sich die Vernehmung der Sachverständigen und anderer Zeugen unerwarteterweise sehr in die Länge zog.

Die Verhandlung gestaltete sich aber nicht minder interessant, besonders durch die Vernehmung der Richterin Fräulein Dr. Pauli, die als stellvertretende Vormundschafftsrichterin die Entziehung des elterlichen Fürsorgerechts über das Ehepaar Frenzel ausgesprochen und dem Pfarrer Schenk die Vormundschafftsübertragung hat. Sie schilderte, daß eines Tages Herr und Frau Schenk mit Gertrud Frenzel bei ihr im Vormundschafftsgericht erschienen seien und die Beschuldigungen gegen Frenzel erhoben hätten, die sie zu Protokoll genommen habe. „Ich habe sofort, ohne den Angeklagten Frenzel oder seine Frau anzuhören, eine einstweilige Verfügung erlassen, durch die ihnen das elterliche Fürsorgerecht entzogen wurde, und habe Pfarrer Schenk die Pflegschaft übertragen.“ Am anderen Tage seien dann Herr und Frau Frenzel erschienen. Frenzel habe alle Beschuldigungen energisch, aber sehr aufgeregt bestritten und gelogt, daß es sich um einen Raubakt des Pfarrers Schenk handle.

Auf Fragen des R. A. Blumenheim erklärte die Zeugin, daß sie Frau Frenzel nicht darauf aufmerksam gemacht habe, daß sie ein Einpruchrecht gegen die getroffene Maßnahme habe.

R. A. Dr. Blumenheim: Wie lange waren Sie damals in Staatsdiensten? Zeugin: Vierzehn Tage (allgemeine Bewegung). R. A. Dr. Blumenheim: Waren Sie sich damals schon der Bedeutung der von Ihnen getroffenen Maßnahme bewußt? Zeugin: Nach den Angaben des Pfarrers Schenk und dem Eindruck, den Gertrud auf mich machte, sah ich mich veranlaßt, zum Schutze des Mädchens sofort zu handeln. R. A. Dr. Blumenheim: Wenn aber jemand anderes gekommen wäre als Pfarrer Schenk, hätten Sie dann auch solche Maßnahme ergriffen? Zeugin: Das weiß ich nicht. Herrn Pfarrer Schenk betrachtete ich wegen seiner Eigenschaft als Seelsorger als eine besonders glaubwürdige Persönlichkeit, und als Vormundschafftsrichterin mußte ich in diesem Falle etwas tun. R. A. Dr. Blumenheim: Hatten Sie den Eindruck, daß die Erzählungen des Mädchens etwa nicht wahr sein könnten? Zeugin: Ich habe angenommen, wenn Pfarrer Schenk bei den Aussagen dabei ist und die Beschuldigungen in seiner Gegenwart wiederholt werden, dann müssen sie wahr sein.

Die Verhandlung wurde sodann auf Dienstag früh vertagt, wo zuerst Hilde Frenzel und Frau Pfarrer Schenk gegenübergestellt werden sollen. Dann erfolgt die Konfrontation des Ersten Staatsanwalts Dr. Fuhrmann mit Frau Frenzel sowie den beiden Töchtern Else und Hilde und mit Frau Bell, und im weiteren Verlauf soll nach Möglichkeit Gertrud noch dem Zeugen Höhne gegenübergestellt werden. Mittwoch, Freitag und Sonnabend dieser Woche bleiben verhandlungsfrei, um den Sachverständigen die Ausarbeitung ihrer Gutachten zu erleichtern.

Autobus umgestürzt.

Von der Linie 75 in Spandau gerammt.

In der Streikstraße in Spandau wurde gestern abend ein Postautobus von einem Straßenbahnwagen der Linie 75 gerammt. Der Autobus, der glücklicherweise unbeschadet war, stürzte dabei um, der Chauffeur erlitt leichte Verletzungen.

Nur nach 20 Uhr wollte der Führer des Postautobus vor dem Hause Streikstraße 71 die Mittelpromenade, an deren beiden Seiten die Straßenbahngleise entlangführen, überqueren. Der Chauffeur hat vermutlich dem mit seinem Fahrzeug fast auf gleicher Höhe fahrenden Straßenbahnwagen nicht rechtzeitig genug bemerkt, denn in dem Augenblick, als er in den Straßenübergang einbog, erfolgte der Zusammenstoß. Der Autobus stürzte krachend um, der Bordperzon der Straßenbahn wurde eingedrückt. Ein Delfant ging in die Brüche und das ausfliehende Öl geriet in Brand. Die Feuerwehr, die nach einigen Minuten zur Stelle war, löschte das Feuer in kurzer Zeit und räumte das umgestürzte Auto, das schwere Beschädigungen zeigte, wieder auf. Die Fahrgäste der Straßenbahn kamen mit dem Schrecken davon.

Sie wollten nicht mehr leben.

In einem Anfall von Schwermut hat sich gestern der 76jährige Arbeiter Gottlieb Ertel in seiner Wohnung in der Grünauer Straße 33 erhängt. — Aus noch unbekanntem Gründen stürzte sich der 62jährige Rentner Karl Firsch aus dem im dritten Stockwerk seiner im Hause Urbanstraße 36 gelegenen Wohnung auf den Hof hinab. F. fand im Urbankrankenhaus Aufnahme, wo er bald nach seiner Einlieferung gestorben ist. — Spaziergänger machten gestern in einem Gehölz bei Nischelswerder eine grausige Entdeckung. An einem Baum sahen sie die Leiche eines jungen Mannes hängen. Nach den polizeilichen Ermittlungen handelt es sich um den 26 Jahre alten Heinrich Weiß aus Hofelhorst bei Spandau. Das Mord

zu dem Verzweilungsschritt ist nicht bekannt. — Die 35jährige Frau Elise Abraham aus der Stölpischen Straße 27 und der Schneider Prizma aus der Eibenauer Straße 21 wurden in ihren Wohnungen durch Gas vergiftet tot aufgefunden. In beiden Fällen soll wirtschaftliche Not der Grund zur Tat sein.

Ebert-Ehrung in Hinterpommern.

Errichtung eines Ebert-Bahnhofes in Stargard.

Bei der Einweihung eines ausgedehnten „Selbsthilfe“-Wohnblocks des gemeinnützigen Wohnungsbauvereins „Selbsthilfe“ wurde am Sonntag in Stargard i. Pomm. eine prachtvolle Kundgebung für die Republik veranstaltet, an der Tausende teilnahmen. Mit dieser Kundgebung im reaktionären Osten war die Weihe eines Ebert-Denkmal verbunden, bei welcher Reichstanzler A. Hermann Müller-Franken die Weiherede hielt und die Verdienste des Reichspräsidenten Ebert, des Baumeisters der Republik, schilderte. Der „Selbsthilfe“-Wohnblock hat die Bezeichnung „Friedrich-Ebert-Hof“ erhalten. Regierungspräsident Dr. Simons-Stettin, Vizepräsident beim Oberpräsidium Dr. Terwiel-Stettin, Polizeipräsident Maier-Stettin und pommersche Reichstags- und Landtagsabgeordnete sowie Führer des Wirtschaftslebens mochten den Festlichkeiten bei.

Errichtung einer neuen Zählstelle der Berliner Stadtbank im Osten Berlins. Die Sparkasse 7 in Berlin D 34, Warschauer Str. 58, ist seit dem 13. Oktober 1930 auch Geschäftsstelle der Berliner Stadtbank. Sie nimmt Anträge auf Errichtung von Girokonten für die Brolasse 7, Berlin D 34, Warschauer Straße 14, entgegen. Ferner können bei ihr Einzahlungen jeder Art für die Berliner Stadtbank geleistet werden.



Auch ohne Fleisch

kräftige Suppen und schmackhafte Gemüse

zubereiten, ermöglicht auf einfache und sparsame Weise

MAGGI'S Würze

Nachfüllpreise: Proben RM-30 N20 1 2 3 -22 -43 -65 125

Schutz vor Katastrophen

Die Aufgabe der Berliner Feuerpolizei — Wenn es brennt ist es zu spät!

Ein Blick in die Statistik der Betriebsunfälle zeigt, daß die Unfälle, deren Ursache in Brand und Explosion zu suchen ist, einen nicht ernst genug zu nehmenden Prozentsatz ausmachen. In teils kürzeren, teils längeren Abständen erhält die Defizientenliste Kunde von folgenschweren Unglücken, die sich in diesem oder jenem Wirtschaftsbezirk Deutschlands ereignet haben. Menschenleben sollen der Vernichtung anheim, Gesundheitsverderben ist die Auswirkung für viele Arbeitnehmer, volkswirtschaftliche Schädigung größten Ausmaßes ist das Ergebnis dieser Katastrophen. Eine wirksame Bekämpfung dieser Gefahren für Arbeitnehmer und Wirtschaft ist nur möglich, wenn neben der Erkenntnis der Ursachen geeignete Maßnahmen zur Verhütung zur Durchführung gelangen.

Wenn auch die nachstehend angeführten Zahlen einer ständigen Veränderung unterliegen, so geben sie doch ein anschauliches Bild darüber, welche Gefahrenquellen inmitten des dicht besiedelten Berliner Wirtschaftsbezirktes ständig für die gesamte Einwohnerschaft gegeben sind, wenn nicht durch systematische Kontrolle und Verhütungsmassnahmen der größte Sicherheitsgrad erstrebt wird. In rund 132 000 Grundstücken der zwanzig Berliner Bezirke sind nicht weniger als 125 000 Betriebe gelegen. Von diesen 125 000 Betrieben müssen nach der Statistik rund 66 000 Betriebe mit dem Wort „feuergefährlich“ belegt werden. Je nach Schweregrad des Gewerbes und der Industrie treten in einigen Bezirken die oben erwähnten Betriebe besonders stark in Erscheinung. So beherbergt der Bezirk Mitte ungefähr 50 000 Betriebe und davon nicht weniger als 20 000, die als „feuergefährlich“ bezeichnet werden. Eine ähnliche Situation ist in Kreuzberg gegeben, wo auf 6000 Grundstücke 44 000 Betriebe und davon 30 000 feuergefährliche entfallen.

Wenn die Notausgänge verbaut sind.

In welcher Richtung die Gefahren zu sehen sind, hierfür nur einige Beispiele: Die nicht vorschriftsmäßige Lagerung und Behandlung von Explosivstoffen sowie leicht entzündlichen Rohstoffen kann katastrophale Folgen nach sich ziehen, wenn, wie dies fast in kleineren Betrieben, Lager und Arbeitsraum ein Ganzes bilden. Man stelle sich weiter vor, welche verhängnisvolle Folgen ein Brand in einem Betrieb haben muß, wo die Notausgänge mit lagernden Materialien verbaut sind. Die Verpöterung von Fenstern kann jede Rettung des bedrohten Menschenlebens unmöglich machen. Um- und Einbauten aus Holz usw. ohne Kenntnis der Baupolizei, wie zum Beispiel unvorsichtige Durchbrüche in Brandmauern können bei Feuer die entsetzlichsten Folgen haben. Diese Beispiele lassen sich beliebig erweitern. Es soll jedoch im Rahmen dieses Artikels nur noch auf die Granittreppen hingewiesen werden, die nach sachmännischem Gutachten bei einem Brand infolge Springens und Einstürzens die Katastrophe zu vergrößern geeignet sind. Bedroht ist bei Explosionen und Brandkatastrophen nicht nur die Arbeiterschaft dieser Betriebe. In Berlin liegen Wohnräume und gewerbliche Betriebe, auch feuergefährlichen Charakters, so dicht beieinander, so daß bei Eintreten einer Katastrophe auch die Anwohner solcher Betriebe aufs höchste gefährdet sind. Als feinerzeit das fürchbare Explosions- und Brandunglück in der Schönleinstrasse, hervorgerufen durch eine Entzündung von Zelluloseabfällen, die Defektlampe stark erregte, wurde in der Presse und in der Stadterordnetenversammlung stürmisch eine sofortige systematische Untersuchung der Grundstücke, besonders der feuergefährlichen Betriebe, verlangt. In den Debatten wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß die anzustrebende Vereinheitlichung der staatlichen und kommunalen Instanzen bzw. die

Übertragung der feuerpolizeilichen Kontrolle auf die Kommune Berlin

nicht erst abgewartet werden kann, sondern daß sofort mit der erstmaligen Kontrolle begonnen werden müsse. Die Sozialdemokratie forderte stärkeren Schutz und die Einstellung von geeigneten Kräften bei der städtischen Baupolizei. Mit Recht wurde auch in dem eingesetzten Ausschuss darauf verwiesen, daß es der Sachkenntnis geschulter Kräfte bedürfe, um bei den Kontrollen die Gefahrenquellen zu erkennen. Bei dem Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in kleineren Betrieben, in denen oft eine geschickte Betriebsvertretung nicht gegeben ist, kann nicht erwartet werden, daß aus dem Betrieb heraus Unregelmäßigkeiten sowie schädliches Verhalten der Betriebsleitung den zuständigen Instanzen zur Kenntnis gebracht werden. Gerade die gegenwärtige Zeit der Wirtschaftskrise, wo Tausende von Arbeitern die Sorge um das tägliche Brot in Atem hält und leider zu Maßnahmen der Unternehmer dieses Schweigen läßt, die dem Schutze der Arbeitnehmer abträglich sind, erfordert ein wachsameres Auge der Behörden. Wenn der Minister für Volkswohlfahrt in seinem neuesten Entschluß den Baupolizeibehörden zur Pflicht macht, daß sie den Interessenten größtes Entgegenkommen beweisen und eine beratende Stelle einnehmen sollen, so kann dem zugestimmt werden. Es darf jedoch, und das muß für Berlin besonders stark betont werden, nicht dazu führen, daß die Bauherren und Betriebsinhaber Ersächtigungen erleiden, die vom Standpunkt der Bau- und Feuerpolizei nicht zu verantworten sind.

66 000 Betriebe müssen überwacht werden.

Die von den Baupolizeiwärtern auf Grund des bis zum 31. März 1931 geltenden Beschlusses der städtischen Körperschaften mit circa 25 Hilfskräften durchgeführte Kontrolle konnte bisher bei rund 24 000 von den 66 000 feuergefährlichen Betrieben vorgenommen werden. Bei der Kontrolle haben sich sehr viele Beanstandungen ergeben. Es zeigt sich also, wie zweckmäßig und notwendig die angeordneten Maßnahmen waren. Wenn

jetzt, wie beabsichtigt, aus der finanziellen Notlage der Stadt heraus (Ersparnis durch Fortfall der 35 technischen Hilfskräfte von 175 000 M. pro Jahr) die feuerpolizeiliche Kontrolle ab 31. März 1931 eingestellt werden soll, so ist der Zustand, daß 50 Proz. der feuergefährlichen Betriebe von der erstmaligen Kontrolle befreit bleiben sollen, einfach untragbar. Schon jetzt wirkt die vorgegebene Aufhebung der Kontrolle ihre Schatten voraus. Es glauben viele der Eigentümer und Betriebsinhaber, ihren Verpflichtungen und den ihnen gemachten Zusagen mit Erlöschen der feuerpolizeilichen Nachprüfung entgegen zu können. Es wäre ja auch eine offensichtlich ungünstige Lage in der Behandlung der Betriebsinhaber und Eigentümer gegeben, wollte man einem Teil mit der Erfüllung der Zusagen zugleich finanzielle Opfer auferlegen, und dem anderen Teil von jeder Kontrolle und finanziellen Aufwendung befreien.

Im Ausschuss hat feinerzeit der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion verlangt, daß nach der reiflichen Prüfung aller gefährlichen Betriebe weiter laufend die Anzahl der von den Gewerbetreibenden übermittelten neuangelegten Betriebe bzw. die inzwischen ungestellten Betriebe einer Kontrolle unterzogen werden sollen.

Daß bei der nicht zu verkennenden Finanznot der Stadt Berlin in härtestem Maße auf den Staat eingewirkt werden muß, daß mit der reiflichen Übernahme der Feuerpolizei durch die Kommune auch besondere finanzielle Zusammenhänge erfolgen müssen, ist selbstverständlich. Bleibt die Kontrolle beim Staat, so ist einmal ein nicht erprobliches Nebeneinanderarbeiten zwischen staatlichen und kommunalen Instanzen die Folge, zum anderen aber wäre das Polizeipräsidentium als staatliches Organ gehalten, die notwendigen technischen Kräfte zur Einstellung zu bringen. Die Berliner städtische Baupolizei ist aber auf Grund der genauen Kenntnis in den Bezirken wie keine andere Behörde geeignet, diese Funktion zur allgemeinen Sicherheit auszuführen. Auf keinen Fall können allgemein als notwendig anerkannte Maßnahmen abgebaut werden. Die aufzunehmenden 175 000 M. bewahren kostbares Menschenleben vor der Zerstörung und schätzen Sachwerte vor der Vernichtung. Hermann Lempert.

Ruhe im Ledigenheim?

Die Vorgänge in Charlottenburg / Manche Verbesserungen erreicht.

Die viel erörterten Fragen über die Vorgänge im Ledigenheim Charlottenburg haben nun einen vorläufigen, aber kaum endgültigen Abschluß gefunden. Die dem Vorstand angehörenden Bezirksstadterordneten Bunge und de Koon haben ihre Memorie niedergelegt. Seitdem hat sich zuerst der von der Bezirksversammlung gewählte Ausschuss, dann diese selbst nochmals eingehend mit den verschiedenen Beschwerdepunkten befaßt. Da die Versammlung leider gegen den Wunsch der Sozialdemokraten in nichtöffentlicher Sitzung verhandelte, kann hier nur das Ergebnis der Beratungen mitgeteilt werden, das nach Ablehnung weitergehender sozialdemokratischer Forderungen sowie der kommunistischen und der nationalsozialistischen Fraktionen in der Annahme einer farblosen Entschließung der Wirtschaftspartei gipfelte. Wichtig sind die tatsächlichen Änderungen, die von der Leitung des Ledigenheims beschloffen wurden. Der Vorstand ist den Beschwerden der Anwohner in einer erheblichen Zahl von Punkten entgegengekommen, hat damit deren Berechtigung anerkannt. Wenn er es trotzdem für nötig gehalten hat, die größere Zahl der Klagen aufrechtzuerhalten (8 von 14), so mag das seiner Meinung nach im Interesse der Erhaltung eines guten Einvernehmens zwischen Mieterschaft und Heimleitung liegen, findet auch in der teilweise gehässigen Agitation einiger Gefühlsdienten eine gewisse Begründung. Trotzdem wäre es richtig, durch Rücknahme der Kündigung gegenüber allen, die sich zur Einhaltung der Heimordnung verpflichten (das muß natürlich Bedingung sein), das Rechtsgebot zu bekräftigen und Grund zu einem wirklichen Zusammenarbeiten zu legen.

Im übrigen wurde zugestanden: Die Heimordnung soll durchgelesen und dazu eine Vertretung der Mieter (die früher abgelehnt worden war) zugezogen werden. Die Schlusskündigung wird von 23 auf 24 Uhr erhöht. Von da an soll der Sperrgraben für spätere Erscheinende bestehen bleiben, jedoch für beruflich oder aus sonstigen dringenden Gründen Abgeholtene eine Ausnahme gemacht werden. Die Miete für Benutzung der Fahrradabstellplätze soll hinichtlich des Besuchs weltlicher Familienangehöriger voll entgegenkommen geregelt werden. Die Heizung soll verbessert, der Wechsel der Bettwäsche verbessert werden.

Man sieht: es bleibt noch recht viel zu bessern. Die Mieter werden in ihren 6-Quadratmeter-Zellen nur ein sehr bescheidenes Proletariatsgut genießen können. Immerhin hat die Bewegung, der durch rechtzeitiges verständnisvolles Entgegenkommen viel unnötige Schärfe erspart werden können, manchen Fortschritt erreicht. Eine Hauptfrage bleibt freilich noch zu lösen. Die Gesellschaft hat dem Hausinspektor seine Ordnung und Sauberkeit in Geldsachen begehrt. Das soll nicht bestritten werden, wenn auch einige geschäftliche Maßnahmen, die von der Gesellschaft nicht getilgt wurden, gerade noch die Grenze des Erlaubten gestreift haben. Aber damit ist seine Eignung zur Leitung einer großen Gemeinschaft von mehr als 300 im Schattenwinkel der Gesellschaft lebenden Menschen noch nicht erwiesen. Dazu gehören mehr als die Korrektheit des Unteroffiziers, der für die Banzenfreiheit der Rabusen einsteht. Hoffen wir, daß Herr Hildebrandt einen seiner Art besser entsprechenden Platz finden und durch Einstellung einer psychologisch besser geschulten Persönlichkeit ein Hauptstein des Anstoßes beseitigt werden wird. Damit kann, soweit die beengten Verhältnisse es zulassen, ein wirklich gutes Einvernehmen angebahnt werden.

„Menschen im Käfig.“

Ein Verfahren gegen Ernst Friedrich wegen eines Romans.

Gegen den Anarchisten Ernst Friedrich, der erst vor kurzem durch die in seiner Nacht aufgetauchte Zerlegungsliteratur wieder von sich reden machte, fand gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte ein objektives Verfahren statt. Der Staatsanwalt hatte beantragt, den in der „Schwarzen Fahne“ in Fortsetzungen erschienenen Roman Ernst Friedrichs „Menschen im Käfig“ zu vernichten und die Platten unbrauchbar zu machen.

Der anstößige Roman behandelte die Sexualnot der Gefangenen. Ein äußerst empfindlicher und ethisch hochstehender Gefangener wird in die Gemeinschaftsgefangenenhaft verlegt und ist von dem, was er auf sexuellem Gebiete um sich sieht und hört, aufs höchste bestürzt. Diese sexuellen Dinge werden in drastischer Weise wirkungsgemäß geschildert. Eben diese Darstellung hatte aber dem Staatsanwalt Anlaß zu seinem Antrag gegeben. Ernst Friedrichs

Verteidiger, Dr. Sitten, hatte eine Anzahl Gutachten eingefordert. Der Schriftsteller Arnold Zweig und Heinrich Mann, der Anarchist Rühlemann, Magnus Hirschfeld und Dr. Hodann hatten sich einstimmig dahin geäußert, daß die Friedrichschen Schilderungen in keiner Weise übertrieben seien. Heinrich Mann meinte u. a., der Roman „Menschen im Käfig“ sei nicht unzüchtig, weil keine Unzucht, sondern im Gegenteil die Abstellung der Unzucht in Justizhäusern gewollt sei.

In der gestrigen Verhandlung waren als Sachverständige Dr. Engel vom „Berliner Tageblatt“, Dr. Thering vom „Börsen-Courier“, Erich Mühsam und Dr. Abraham vom Institut für Sexualwissenschaften erschienen. Während Dr. Engel, der gleichzeitig auch Sachverständiger am Polizeipräsidentium ist, der Ansicht war, daß die einzelnen Fortsetzungen dieses Romans in der „Schwarzen Fahne“, einzeln für sich genommen, äußerst ordinär wirken mußten und geeignet waren, Scham und Sittlichkeit zu verletzen, waren die drei übrigen Sachverständigen der Meinung, daß an dem Roman ein künstlerischer Reiz nicht anzulegen sei, es sich vielmehr um eine soziale Anklage handle.

Das Gericht entsproch dem Antrage des Staatsanwalts. In der Begründung führte der Vorsitzende aus, daß es nicht Aufgabe des Gerichts gewesen sei, über den gesamten Roman zu entscheiden; daß jedoch die einzelnen Fortsetzungen desselben zusammenhängend in der Zeitschrift „Schwarze Fahne“ gedruckt, geeignet gewesen seien, die Scham und Sittlichkeit zu verletzen.

Mutterkulturkursus in Neukölln!

Der Bezirksjugendamt Neukölln veranstaltet in der Zeit vom 4. November bis 9. Dezember 1930 im Rahmen des Elternlehrganges (Mutterkulturkursus) für Pfingstleuten einen Sonderlehrgang über „Umgang mit Kindern“, an welchem aber auch alle anderen Eltern und Erzieher teilnehmen können. In diesem Kursus werden in gemeinsamer Aussprache alle Schwierigkeiten der Erziehung in Schule und Haus besprochen. Der Lehrgang umfaßt sechs Vorträge über: „Die Einstellung des Erwachsenen zur Erziehung“, „Die verschiedenen Schwierigkeiten in der Erziehung“, „Das Kleinkind“, „Das Schulkind“, „Die Schwierigkeiten des Entwicklungsalters“, „Ziele der Erziehung“. Vortragende: Frau Lichtenstein, Individualpsychologin. Die Vorträge finden am Dienstag jeder Woche, 20 Uhr, im Gefängnis der Walter-Rathenau-Schule, Berlin-Neukölln, Boddinstr. 33/41, statt. Die Teilnahme am Kursus ist unentgeltlich.



Fernando Noronha

heißt die merkwürdigste Insel der Welt. Ihr seltsam gestalteter Felsblock steht wie eine Schildwache eine Tagereise entfernt von der brasilianischen Küste. Jeder Dampfer, der mit Kaffeestädern beladen, dieses größte Kaffeeland verläßt, muß an diesem Felsen vorbei; kein Sack Kaffee, den er nicht überwacht. Ebenso wehen in allen wichtigen Kaffeeländern Vertrauensleute darüber, daß die feinsten Qualitäten für Kaffee Hag, den coffeinfreien Bohnenkaffee, gesichert werden. Diesen erlesenen Spitzenqualitäten verdankt Kaffee Hag seinen wundervollen Wohlgeschmack und sein herrliches Aroma. Neben seinen geschmacklichen Vorzügen ist Kaffee Hag dadurch ausgezeichnet, daß er niemals Sältsstörungen oder irgendwelche Schäden an Herz, Nerven, Nieren hervorrufen kann. Kaffee Hag ist eine sichere Schildwacht für Ihre Gesundheit.

Ludwig-Pin **Wasserversicherung**
Wagnis-Pin
auf's Neue!!

Jeden Tag erledigen wir 1200 Schäden. Jede Stunde zahlen wir für Schäden 12.500 Reichsmark. Jeden Minute - Tag und Nacht - meldet man uns einen Schaden.

Wir bieten Ihnen umfassenden, zuverlässigen Versicherungsschutz gegen Aufruhr, Beraubung, Einbruchdiebstahl, Feuer, Glasschaden, Haftpflicht, Hagel, Kreditverluste, Regen, Sturm, Unfall, Veruntreuungen und Wasserschäden. Unsere Gesellschaften versichern Leben, Kraftfahrzeuge, Maschinen, Privathaushaltungen, Reisegepäck, Reiselager, Schmucksachen und Pelze, Transporte, Vieh und Wertsendungen.

ALLIANZ UND STUTTGARTER VEREIN
VERSICHERUNGS-AKTIEN-GESELLSCHAFT

Über 3000 Mill. Reichsmark Lebensversicherungen laufen bei der ALLIANZ UND STUTTGARTER VERSICHERUNGS-AKTIEN-GESELLSCHAFT

Preissenkung — Lohnschutz — Kürzere Arbeitszeit.

Wilhelm Eggert vom ADOB. über Wirtschaftskrise und Arbeitnehmerschaft.

Genosse Eggert vom Bundesvorstand des ADOB. hat gestern abend im Rundfunk in eindringlicher Weise die Wege zur Eindämmung der Wirtschaftskrise und zur Milderung der Arbeitslosigkeit aufgezeigt. Wir heben folgende Gedankengänge hervor:

Jede vorurteilsfreie Betrachtung muß von der Tatsache ausgehen, daß die jetzige deutsche Wirtschaftskrise zusammenhängt mit der allgemeinen Krise der Weltwirtschaft. Aber die Krise ist in Deutschland drückender als in den Vereinigten Staaten, Nordamerika, England und in den meisten anderen Ländern. Deutschlands Verarmung infolge des Krieges, seine Kapitalnot, die verschärft durch Kapitalflucht ins Ausland, sein verhältnismäßig hoher, dem Weltmarktpreis gegenüber häufig überhöhter Preisstand infolge der Preisbindungspolitik der Kartelle, und seine rund zwei Milliarden jährliche Reparationslast kennzeichnen die besondere Schwere seiner wirtschaftlichen Lage. Aber nur insoweit die deutsche Wirtschaftskrise durch innerdeutsche Ursachen verschärft wird, kann sie auch durch innerdeutsche Maßnahmen gemildert und in ihrem Ablauf beschleunigt werden.

Wir haben in Deutschland folgenden Zustand:

1. Einen Produktionsapparat, der nach den Feststellungen des Enqueteausschusses nur zu 75 bis 80 Prozent in den besten Konjunkturlagen ausgenutzt werden konnte.
2. Die Produktion steigt schneller als der Bevölkerungszuwachs und als der Verbrauch überhaupt.
3. Die Steigerung des Einkommens der Arbeitnehmerschaft ist weit hinter der Steigerung der Produktivität zurückgeblieben.
4. Die Wirtschaft kann bei der jetzigen Regelung der Arbeitszeit dem Zustrom vom Arbeitsmarkt nicht aufnehmen.
5. Drei Millionen Erwerbslose begehren Arbeit. Der Weg zur Milderung und Überwindung der Wirtschaftskrise soll nach der Ansicht des Unternehmertums über die Senkung der Löhne und Gehälter gehen. Und auch die amtliche Wirtschaft- und Lohnpolitik hat diesen Weg beschritten. Diese Ansicht geht von der Vorstellung aus, daß Löhne und Gehälter in gleicher Weise ein Kostenelement der Wirtschaft darstellen, wie etwa Rohstoffpreise und Kapitalzinsen. Deshalb auch werden in diesem Zusammenhang die gewerkschaftliche Lohnpolitik und die Preispolitik der Kartelle gleich schädlich gemeldet. Dieser Gedankengang übersteht vollkommen, daß

Löhne und Gehälter der Arbeitnehmerschaft eine völlig andere Funktion in der modernen Wirtschaft haben als etwa Rohstoffpreise und Kapitalzinsen.

Rohstoffkosten und Kapitalzinsen erscheinen für das Unternehmen, groß gesehen, nur als eine Belastung. Löhne und Gehälter aber der Arbeitnehmerschaft, also der breiten Volksmassen, sollen nicht nur die Arbeitskraft erhalten, sondern haben in der modernen Wirtschaft die unerlässliche Funktion, den Verbrauch zu regeln und — das ist der Sinn allen technischen und wirtschaftlichen Fortschritts — den Verbrauch zu steigern. Auf die jetzige Krise angewendet, kann der Unterschied etwa so ausgedrückt werden: Senkung der Rohstoffpreise und des Kapitalzinses, also Senkung der Preise auf der ganzen Linie, bedeutet Antriebs zur Überwindung der Wirtschaftskrise, Senkung der Löhne und Gehälter der Arbeitnehmerschaft hingegen bedeutet das Einschalten eines Hemmnisses ihrer Überwindung.

Maschinenbau und Industrieabbau.

Das Institut für Konjunkturforschung schätzte für das erste Halbjahr 1930 den Ausfall an Arbeitnehmereinkommen (unter Berücksichtigung der Unterstützungen, die die Arbeitslosen erhalten) auf 1830 Millionen Mark. Für das ganze Jahr 1930 wird man nun auf mindestens 4 Milliarden kommen. Das sind nahezu 10 Proz. des gesamten Einkommens aller Arbeiter, Angestellten und Beamten, das für das Jahr 1929 auf etwa 46 Milliarden Mark geschätzt worden war. Die Folge ist, daß auch die Kleinhandelsumsätze in diesem Jahre einen entsprechenden Rückgang aufweisen; für die ersten acht Monate dieses Jahres (Institut für Konjunkturforschung)

- um 6,3 Proz. bei Nahrungs- und Genussmitteln,
- 5,7 „ für Bekleidung,
- 8,7 „ für Hausrat und Möbel,
- 3,5 „ für Kultur- und Luxusbedarf.

Nahrungs- und Genussmittel zeigen im August allein bereits einen Umsatzrückgang von 11 Proz. gegenüber dem Vorjahre, Hausrat und Möbel sogar um 19,6 Proz. Zwar ist der wertmäßigste Umsatzrückgang zum Teil eine Folge des Preisrückganges, immerhin wird man den Rückgang an realer Kaufkraft der gesamten Arbeitnehmerschaft mindestens auf 5 Proz. schätzen können.

Diese Zahlen belegen, daß es wenigstens durch die Unterstützung der Arbeitslosen gelungen ist, den mengenmäßigen Rückgang der Umsätze für Massenkonsumgüter noch in verhältnismäßig engen Grenzen zu halten.

Sie belegen aber auch, daß die Schäden sich gewaltig vergrößern würden, wenn ein Einbruch in die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmerschaft einträte, ohne daß eine entsprechende Senkung der Lebenshaltungskosten vorangegangen wäre. Würde z. B. ein allgemeiner Abbau der Tariflöhne und -gehälter um 8 Proz. eintreten, wie er in dem unklaren Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie vorgelesen war, so würde zu dem bisherigen Verdienstausfall von ungefähr 600 Millionen Mark ein weiterer Ausfall von nahezu drei Milliarden Mark hinzutreten. Mit einem solchen Einkommensrückgang wäre ein weiterer schwerer Umsatzrückgang verbunden, der sich überaus unheilvoll auf die Arbeitnehmer auswirken und den Ablauf der Wirtschaftskrise erschweren würde.

Nun wird gesagt, eine Senkung des Realeinkommens der Arbeitnehmer solle gar nicht erfolgen, weil auch die Preise entsprechend gesenkt werden sollen, um die Kaufkraft zu erhalten, also von der Erhaltung der Kaufkraft auf niedrigerem Preisstand allein, würde die Krise sicher nicht in ihrem Ablauf verkürzt. Das Gesamtergebnis einer solchen Aktion wäre wahrscheinlich vielmehr eine Verlagerung der Kaufkraft zum Vorteil der Produktionsgüter.

An diesem Punkte erweist sich besonders deutlich, daß die Löhne nicht einfach als Kostenfaktor aufgefaßt werden dürfen. Denn gerade eine Verschlebung der Kaufkraft in der oben erwähnten Richtung würde die Überwindung der Wirtschaftskrise nur erschweren. Professor Lederer hat nachgewiesen, daß

im Verlauf der ansteigenden Konjunktur die Preise schneller steigen als die Löhne. Dadurch wird die Produktionsgüterindustrie zu einer Entwicklung angeregt, der die reale Grundlage, nämlich die Nachfrage nach Konsumgütern, zu deren Produktion die Produktionsgüter gebraucht werden, allmählich entzogen wird. Es tritt eine Ueberakkumulation von Kapital in der Produktionsgüterindustrie ein, die stark dazu beiträgt, wieder eine Krise zu entfein. So geht es also nicht.

Soll eine wirkliche Gesundung der Wirtschaft eintreten,

so muß in der Krise, weil Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ohnehin schon die Kaufkraft für Massenkonsumgüter schwächen, die Senkung des allgemeinen Preisstandes durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke müßte die Regierung, falls sich die Kartelle weigern, das Erforderliche zu tun, mit entschlossener Hand in die Kartellpolitik eingreifen und die Preisbindungen aufheben. Wie schädlich die Preispolitik der Kartelle für die erwünschte schnellere Überwindung der Krise ist, lehrt am besten die Tatsache, daß die Indizes der kartellgeregelten Preise von 102,1 im Monatsdurchschnitt 1928 auf 105,0 im Monatsdurchschnitt 1929 gestiegen sind und erst im Juli 1930 auf 103,3, also nur um 1,5 Proz. gesunken waren, während die freien Preise im gleichen Zeitraum von 106,8 auf 78,9, also rund um 20 Proz. sanken!

Drei Millionen Arbeitslose begehren Arbeit. Sie wenigstens teilweise in Arbeit zu bringen, gibt es im Augenblick

keinen anderen Weg als die Verkürzung der Arbeitszeit. Darum sollte eine vierzigstündige Arbeitszeit, die am zweckmäßigsten auf nur für Tage verteilt würde, für die Dauer der Krise gesetzlich durchgeführt werden. Ferner sollten Reichsbahn und Reichspost vorübergehend während der Notzeit ihr Personal um 10 Proz. erhöhen.

Das würde nach den sorgfältigen Schätzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes folgendes Ergebnis haben:

Durch Abschaffung der Ueberstunden	150 000
Infolge der 40 stündigen Arbeitswoche	500 000
Durch Erhöhung der Personale der Reichsbahn und der Reichspost	100 000
Privatangestellte	100 000
Zusammen	850 000

Arbeitskräfte, die auf solche Weise auch jetzt schon in Arbeit gebracht werden könnten.

Es wäre aber unbillig und unvernünftig, diese Verkürzung der Arbeitszeit völlig ohne Lohnausgleich eintreten zu lassen. In zahlreichen Betrieben, auch ganzen Industriezweigen, sind die Gewinnreserven aus guten Konjunkturlagen und auch die heutige Rentabilität noch so groß, daß sie ohne weiteres im gesamtwirtschaftlichen Interesse einen teilweisen Lohnausgleich übernehmen könnten. Aber auch die durch die Einstellung von Arbeitslosen erspartbaren Ersparnisse können zum Lohnausgleich herangezogen werden.

Gewinne der Schwerindustrie.

Bei Rheinmetall und Klöckner blieben die Gewinne hoch.

In der Aufsichtsratsitzung des Rheinmetall-Konzerns wurde der Abschluß für das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr vorgelegt. Auch dieses Unternehmen hat wie die Gashöfnungshütte und der Klöckner-Konzern überraschend gut abgeschlossen. Anstatt 2,4 Mill. werden diesmal rund 4 Mill. an Abschreibungen vom Gewinn abgesetzt, und trotzdem steigt der Reingewinn mit 1,92 Mill. noch um rund 112 000 Mark höher als im Vorjahre. Der Aufsichtsrat beschloß für das Geschäftsjahr wieder die Dividende von 7 Prozent auszuschütten.

Nach diesem Ausweis macht also der Rohgewinn (Reingewinn und Abschreibungen zusammen) mit 6 Mill. Mark 30 Prozent des Kapitals aus gegenüber 20 Prozent im vorhergehenden Jahr. In welchem Umfange die Montanindustrie immer noch eine Postille der inneren Reserve betreibt, beweist die Tatsache, daß der Rheinmetall-Konzern für Abschreibungen mehr als das Doppelte der Summe aufgewendet hat, die für die Dividende von 7 Prozent benötigt wird.

Bilanz bei Klöckner.

Der Klöckner-Konzern, dessen wichtigste Abschlußziffern wir bereits veröffentlicht haben, legt jetzt seinen Geschäftsbericht für das am 30. Juni abgelaufene Betriebsjahr 1929/30 vor. Der Abschluß der Rechnung erlitt erst bei Beginn des laufenden Jahres einen Rückschlag, während in den Eisenbetriebe in sich der Konjunkturmangel schon früher sichtbar machte. Die Absatzkrise für Kohle habe sich noch dadurch verschärft, daß Deutschland auf Lieferung von 1 Million Tonnen Reparationskohlen für Stollen zugunsten Englands Verzicht leistete, der Export ferner an England und Polen Boden verlor und schließlich die Weltwirtschaftskrise sich in einem ständig sinkenden Bedarf der Kohleneinfuhrländer auswirkte.

Die Beratungsstelle.

Leichte Verbesserungen. — Noch kein offizieller Bericht.

Die Verhandlungen um die Neuordnung der kommunalen Anleihekontrolle scheinen endlich zum Abschluß zu kommen. Im Ausschuh der Bänderkonferenz, der sich mit dieser Frage zu befassen hat, kam eine grundsätzliche Einigung etwa auf folgender Grundlage zustande: Der bis jetzt bestehenden Beratungsstelle soll nach wie vor die Entscheidung über die Aufnahme von kommunalen Anleiheanleihen zustehen. Sie wird aber um zwei Vertreter der Kommunen erweitert und ihre Funktion wird auf die Prüfung der Anleihebedingungen beschränkt, während die Prüfung des Verwendungszweckes den Ländern überlassen bleiben soll.

Die Entscheidung über die kommunalen Anleiheanleihen wird nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, der Beratungsstelle anheimgegeben, sondern einem zentralen Kreditausschuh der Kommunen, in den das Reich und die Reichsbank je einen Vertreter entsenden. Diesen beiden Vertretern steht das Recht des Einspruchs zu, über den von einer zweiten Instanz endgültig zu entscheiden ist. Für die Anleihen der öffentlichen Versorgungsbetriebe wird ein Sonderregelung getroffen, die weniger streng sein soll als die Regelung für die unmittelbaren kommunalen Anleihen. Ueber einige noch im unklaren gebliebenen und über technische Einzelfragen wird die Entscheidung in den nächsten Sitzungen getroffen werden.

Es kann nicht verkannt werden, daß die im Prinzip vereinbarte Regelung einen gewissen Fortschritt gegenüber der bisherigen Organisation und Funktion der Beratungsstelle und gegenüber den ursprünglichen Absichten der Reichsregierung für die Neuordnung der Anleihekontrolle darstellt: der Einfluß der Kommunen auf die zentrale Kontrolle der kommunalen Anleihen soll verstärkt werden, die unwürdige Kontrolle der Beratungsstelle über den Verwendungszweck der Anleihen soll beseitigt werden und der kommunale Selbstverwaltungsgedanke soll mehr respektiert werden als bisher. Man muß freilich, um zu einem endgültigen Urteil zu gelangen, noch den genauen Wortlaut der Vereinbarungen abwarten. Unabhängig von der genauen Formulierung der neuen Bestimmungen kann aber schon gesagt werden, daß unsere grundsätzlichen Einwände gegen die ganze Institution der kommunalen Anleihekontrolle durch die Neuordnung nicht betroffen werden.

Devisenaufbau der Reichsbank.

Der Reichsbankausweis vom 31. Oktober ist unter zwei Gesichtspunkten bemerkenswert. Die Zunahme der Wechselreserven um 302,3 auf 2300,8 Millionen ist verhältnismäßig gering gegenüber der Vermehrung der Bombardbarleihen um 256,2 auf 317,7 Millionen. Die privaten Banken, die wichtigsten Kunden der Reichsbank, haben offenbar keine großen Wechselreserven mehr und mühten große Lombardkredite, die um 1 Prozent teurer sind, bei der Reichsbank in Anspruch nehmen, gleichzeitig scheinen die Banken wenig Auslandswchsel bei der Reichsbank rekonstruiert zu haben. Darin enthält sich eine relativ sehr schwache Position der Privatbanken, die durch Kapitalflucht und ihre eigene gefährliche Kreditpolitik auf Devisengrundlage von der Reichsbank sehr abhängig geworden sind. Das ist das eine sehr interessante Moment.

Das andere ist die neuerliche Vermehrung der Devisenbestände der Reichsbank um 35,9 auf 198,5 Millionen Mark, während die Goldbestände nicht mehr abgenommen haben, sondern mit 2180,2 Millionen fast unverändert blieben. Die Reichsbank hat also offenbar den gefährlichen Devisensturm vollständig überstanden und baut ihre Währungsreserven schon wieder auf.

Der Notenumlauf liegt zum Monatsende um 693,9 auf 4674,6 Millionen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedungsfähige Devisen ging, wie immer am Monatsende, von 58,9 auf 59,9 Prozent stark zurück, steht aber noch um ein reichliches Viertel über den gesetzlich vorgeschriebenen 40 Prozent.

Reichspost will Gebühren ermäßigen.

Im Arbeitsausschuh des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost erklärte der Reichspostminister, daß die Deutsche Reichspost im Zuge und im Rahmen einer allgemeinen Preissenkung durch Industrie und Handel eine entsprechende Gebührenermäßigung eintreten zu lassen bereit sei. Eine Steuer auf den Rundfunk und eine Heraushebung der Rundfunkgebühren komme nicht in Frage.

Die Triumphwerke Nürnberg N.-G. teilt mit, daß sie im Geschäftsjahr 1929/30 den gleichen Umsatz erreicht habe wie im Vorjahre. Sie habe trotz der schlechten Wirtschaftslage überraschend gute Aufträge für Motorräder erhalten.

Metallarbeiter, bleibt einig!

Ablehnung jeder Spaltung. — Nur gemeinsame Aktion sichert Erfolg.

Einstimmig, unter Beobachtung der gewerkschaftlichen Disziplin habt Ihr die Arbeit am 15. Oktober niedergelegt, um die Lohnkürzung abzuwehren, die Euch der Schiedspruch auferlegte. Ungeachtet der Opfer und Entbehrungen habt Ihr im Streik angehartet, bis durch eine neue Vereinbarung der Schiedspruch beseitigt worden ist.

Ein neues Schiedsgericht wird in den nächsten Tagen zusammenrufen und einen für beide Teile verbindlichen Schiedspruch fällen. Das Schiedsgericht wird an Eurer Einstimmigkeit nicht achtlos vorbeigehen können. Ihr müßt sie bewahren und verstärken. Noch sind wir nicht überm Berg. Es gilt auch für die Zukunft vorzubauen.

Verkürzung der Arbeitszeit zur Einreichung der Arbeitslosen in die Produktion, Erhaltung und Verstärkung der Kaufkraft.

das sind die nächsten und dringendsten Aufgaben. Sie können nur gelöst werden, wenn Eure gewerkschaftliche

Organisation auf Euch zählen kann, wenn Ihr Euch auf Eure Gewerkschaft stützen könnt.

Wie Ihr während des Streiks die Parolen der angeblich revolutionären Gewerkschaftsopposition unbeachtet gelassen habt, so werdet Ihr auch jetzt und in der Zukunft taub sein gegen die Versuche, Eure Einheit zu zerstören, Eure Gewerkschaft zu spalten.

Im Gegenteil! Jetzt gilt es erst recht die Lehren des Streiks zu beachten. Die Mitglieder der freien Gewerkschaften müssen jetzt

mit Feuerzifer an die Werbung der noch Fernstehenden

gehen. Den irregeleiteten Kolleginnen und Kollegen, ob sie nun den „Wirtschaftsfriedlichen“, dem „Stahlfelch“ oder den „Nationalsozialisten“ angehört, oder ob sie sich gleichgültig verhielten und überhaupt nicht organisiert waren, den Kolleginnen und Kollegen, die bisher an die Versprechungen und Verleumdungen der SPD. und ihrer RSD. geglaubt haben, ihnen allen muß klargemacht werden, daß

nur die geschlossene Einheit innerhalb der freien Gewerkschaften, innerhalb des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Euch wirksam zu schützen vermag.

Während des Streiks und nach dem Streik hat man in der gegnerischen Presse versucht, unter Euch Verwirrung zu stiften und damit Euch zu schädigen. Nur die sozialdemokratische Presse hat rückhaltlos Eure Interessen und Eure Einheit verteidigt. Vergeht auch das nicht! Werdet Leser der sozialdemokratischen Presse, des „Vorwärts“ oder des „Spanbauer Volksblatt“.

Kolleginnen und Kollegen, an die Arbeit! Seid eingedenk der Lehren des Streiks! Schließt Euch zusammen in Eurer freigewerkschaftlichen Organisation! Weist die Einmischung der kommunistischen Partei zurück! Alles mit der Organisation, alle in die Organisation!

Es lebe die Einheit der Arbeiterschaft! Es lebe der Deutsche Metallarbeiterverband!

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Arbeitslosigkeit und Ueberstunden.

Rundschreiben des Handelsministers.

Wenn auch die zur Zeit noch geleisteten Ueberstunden in gewerblichen Betrieben zum weitaus überwiegenden Teil auf tarifvertraglichen Abmachungen beruhen, so hat der preussische Handelsminister doch erneut angeordnet, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten die behördliche Genehmigung von Ueberarbeit auf das äußerste einschränken sollen. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mittelt, haben die zuständigen Beamten es nach diesem Erlaß zur Zeit als ihre besondere Aufgabe zu betrachten, die Eingliederung von Arbeitslosen in das Wirtschaftsleben fördern zu helfen. Die Beamten sollen bei ihren Betriebsbesichtigungen durch entsprechende Vorstellungen dahin zu wirken versuchen, daß auch von tarifvertraglich zulässigen Ueberstunden insoweit kein Gebrauch gemacht wird, als die jeweiligen Verhältnisse eine Mehrreinstellung von Arbeitnehmern ermöglichen.

Es kommt nicht nur darauf an, die vertraglich zulässigen oder behördlich genehmigten Ueberstunden einzuschränken. Vor allem muß der vertraglich nicht zulässigen und behördlich nicht genehmigten Ueberstundenkäufererei entgegengetreten werden. Es müßte auch durch das Wirtschaftsministerium wieder die Justizbehörden auf die volksfeindliche Haltung der Unternehmer hingewiesen werden, die gefahrbringende Ueberstunden anordnen. Sie dürfen nicht weiter mit lächerlich geringen Geldstrafen behaftet werden, die alles andere sind als eine wirkliche Sühne.

Bei Tourbon geht der Streik weiter.

Versuch, die Vereinbarung zu brechen.

Die Firma Tourbon, Ventilatoren und Apparatebau G. m. b. H. in Reimkendorf-Ort, Graf-Räbber-allee 1/2, hat die Vereinbarung, die im Reichsarbeitsministerium getroffen wurde, wonach die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen wird, zu durchbrechen versucht. Sie hat den Arbeitern, die sich zur Arbeitsaufnahme meldeten, weit schlechtere Bedingungen als die alten zugemutet. Verhandlungen, die die Betriebsleitung am Sonnabend führte, scheiterten an der Haltung der Firma.

Der Streik geht deshalb bei der Firma Tourbon weiter, unter Führung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Wer sich nicht des Streikbruchs schuldig machen will, meide die Firma Tourbon.

Fabrikarbeiter marschieren.

Rücker greift die Spaltungsaktion der SPD.

Obwohl gegen den Fabrikarbeiter-Berband von der SPD. ein mütterlicher Kampf geführt wird, der sich nicht nur in der Öffentlichkeit, noch mehr aber in den Großbetrieben abspielt, hat die Berliner Ortsverwaltung des Fabrikarbeiter-Berbandes ihre Position im dritten Quartal nicht nur gut behauptet, sondern sogar noch verbessert. Wie der Bevollmächtigte Genosse Rücker in der Generalversammlung im Gewerkschaftshaus berichtete, sind im dritten Quartal 300 neue Mitglieder dem Verbande beigetreten. Dieser Mitgliederzuwachs in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Depression legt davon Zeugnis ab, daß die Werbekraft des Verbandes nicht nachgelassen hat.

Rücker kam dann auf die Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern zu sprechen, die sich nach den Reichstagswahlen außerordentlich verschärft haben. Das sozialreaktionäre Auftreten der Unternehmer ist nicht zuletzt auf die Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik der Reichsregierung zurückzuführen, die die Unternehmer in ihren Lohnabbauplänen begünstigt, anstatt mit allen verfügbaren Mitteln auch die Preise zu drücken.

Rücker ging in diesem Zusammenhang auf den Streik der Berliner Metallarbeiter ein, an dem die Berliner Zahlstelle des Fabrikarbeiter-Berbandes mit rund 400 Mitgliedern beteiligt war. Er gellte scharf das Treiben der SPD. in diesem Kampf, das den Streitenden bestimmt nicht zum Vorteil gereicht hat. Wenn noch bei jemand Zweifel darüber bestanden haben, daß die SPD. die Spaltung der freien Gewerkschaften betreibt, so dürften diese Zweifel durch die offene Aufforderung der kommunistischen Presse zur Gründung eines „roten Metallarbeiter-Berbandes“ endgültig beseitigt worden sein.

Jeder einsichtige Gewerkschafter ist davon überzeugt, daß die SPD. mit der Gründung dieser an sich gewerkschaftsfeindlichen „Gewerkschaft“ genau so Schiffbruch erleiden wird, wie mit den ähnlichen Spaltungsaktionen in den Jahren 1923/24. Trotz dieser Erkenntnis müssen die Gewerkschaftsmitglieder dieser neuen Spaltungsaktion allerwärts entgegenreten, ganz unabweislich mußte aber denen, die diese Spaltungsaktion direkt oder indirekt unterstützen, erklärt werden, daß für sie in einer freien Gewerkschaft kein Platz mehr ist. Unter dem Beifall der General-

Achtung! BMMZ-Betriebe!

Auszahlung der restlichen Streikunterstützung!

Besondere Vorkommnisse geben uns Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Streikunterstützung nur an das Mitglied, das die Unterstufung zu erhalten hat, zur Auszahlung kommen kann. Es ist unzulässig, daß Familienangehörige die Unterstufung abheben können.

Damit jedem Mitglied die Möglichkeit gegeben ist, das Betriebsbüro aufzuladen, wird dieses im Laufe dieser Woche bis 19 Uhr (7 Uhr abends) offengehalten.

Die Ortsverwaltung des DMB.

versammlung appellierte Genosse Rücker zum Schluß seines Geschäftsberichtes an die Vernunft der Arbeiterschaft und forderte zum festen gewerkschaftlichen und politischen Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter sowie zur Beendigung des politischen und gewerkschaftlichen Bruderkampfes auf.

Die Ausführungen des Bevollmächtigten wurden in der anschließenden Diskussion noch wirksam unterstützt. Bedinglich ein kommunistischer Diskussionsredner versuchte, seine Phrasen gegen die Sozialdemokratie an den Mann zu bringen, ohne jedoch in der Versammlung ein Echo zu finden.

Die RSD. bei Lorenz-Tempelhof.

Und die Lügen in der kommunistischen Presse.

In der Nr. 26 der „Roten Fahne“ ist ein Bericht über die Arbeitsaufnahme bei der Firma Lorenz, Tempelhof, enthalten, der von besonders trassen Unwahrheiten strahlt. Es wohnt da die Behauptung aufgestellt, die Betriebsleitung habe gemeinlich mit dem sozialdemokratischen Vorstehenden bis jetzt nur die Arbeiter wieder eingestellt, die sich durch das Verbandsbuch des Deutschen Metallarbeiter-Berbandes ausweisen konnten.

Das ist unwahr. Vom Betriebsrat wurde die Firma darauf aufmerksam gemacht, daß am Freitag die Auszahlung der Streikunterstützung stattfindet und das somit die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Berbandes sich nicht so zeitig zur Arbeitsleistung zur Verfügung stellen können. Die Firma hat das berücksichtigt.

Des weiteren trifft die Behauptung nicht zu, daß nur Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Berbandes eingestellt worden seien. Aber die Tatsache trifft zu, daß sehr viele, die nicht Mitglieder des DMB. sind, sich darauf berufen haben, sie kämen erst jetzt zwecks Einstellung und begründeten dies mit dem Hinweis, daß sie erst jetzt vom Empfang der Streikunterstützung aus der Einkassiererei kämen. Sie benutzten somit die Gelegenheit, um unter falscher Flagge die Arbeit wieder aufnehmen zu können. Da dem Betriebsleiter, Herrn Dublow, das auffiel, fragte er mehrere, ob sie das nachweisen könnten, daß sie Streikunterstützung vom DMB. empfangen haben, worauf unsere Mitglieder selbstverständlich an Hand ihres Mitgliedsbuches den Nachweis führen konnten.

Besonders interessant wirkt auch die Tatsache, daß die „Revolutionärsten“ des Betriebes, wie die Delegierten Höpfer, Piestau und Engelhardt schon früh um 7 Uhr 30 Minuten zur Arbeitsaufnahme erschienen sind. Bestenfalls entschuldigte sich noch, er müsse den Betrieb wieder verlassen, weil er sein Frühstück vergessen habe. Er hatte es also sehr eilig mit der Arbeitsaufnahme.

Ein Fräulein R., das auch zur Arbeitsleistung erschienen war, aber entlassen wurde, trat an alle sich noch draußen Befindlichen heran und teilte ihnen wieder bessere Witten mit, daß alle, die sich draussen befänden, entlassen seien.

Die Angaben, die in der „Roten Fahne“ stehen, sind nur geeignet, neue Verwirrungen zu stiften, weil sie auf lächerlichen Behauptungen aufgebaut sind.

Zuschuß für die Reichstnappschaff.

Ausgleich für den Ausfall aus der Lohnsteuer.

Im Reichsarbeitsministerium fand dieser Tage eine vom AWA-Bund beantragte Aussprache über die Finanzlage der Angestelltenpensionskasse der Reichstnappschaff statt. Ministerialdirektor Dr. Grieser machte dabei die Mitteilung, daß nach einem soeben vom Reichskabinett gehaltenen Beschluß die Pensionsversicherung für Arbeiter und Angestellte die Einnahmen aus den durch Verordnung vom 25. Oktober eingeführten Sollerhöhungen für Weizen, Gerste und Spelz als Zuschuß erhalten soll. Der Gesamtbeitrag steht noch nicht fest; beim Weizen soll er auf 30 bis 35 Millionen Mark pro Jahr geschätzt.

Diese Zuwendung an die Knappschaff ist als Ausgleich für den Wegfall der 75 Millionen Mark gedacht, die sie bisher aus den Uberschüssen der Lohnsteuer erhielt.

Gegen Maßregelungen.

Reformistische Methoden der Revolutionäre.

In der Vereinbarung zur Beilegung des Metallarbeiterstreiks ist klar und deutlich gesagt: „Maßregelungen aus Anlaß dieses Streiks dürfen nicht stattfinden“. Bei Abbruch des Streiks am Donnerstag wurden die Obleute der Streikleitungen ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, jede Differenz, die wegen der Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben entstehen sollte, sofort der Organisationsleitung mitzuteilen, damit sie unverzüglich eingreifen kann.

Die SPD. „führte“ einzuweichen weiter. Jetzt empfiehlt sie den Gemäßigten, Einspruch zu erheben und leitet ihre Ratsschläge mit folgendem Satz ein:

„In dem vorläufigen Abkommen Ulrichs mit den Unternehmern ist unter anderem die Bedingung enthalten, daß Maßregelungen nicht stattfinden sollen.“

Gestützt auf dieses „verräterische Abkommen“ fordert die SPD. jetzt nicht mehr zum Weiterstreik auf, sondern sie verweist selbst die „revolutionären“ Gemäßigten auf die verschiedenen Paragraphen der bürgerlichen Gesetze.

Wir hätten nicht geglaubt, daß die SPD. derart „reformistisch“ handeln könne, ohne Rücksicht auf die Arnen. Diese Abweichung soll jedoch morgen abend in den Pharusäulen weitgemacht werden, durch die Gründung einer „revolutionären“ Sonderorganisation!

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deuts. Dienstag, 19. Uhr. Sagen die Gruppen: Dresden: Gruppenheim Schule Wittenburger, 35-34 (Kortimmer), Heimbesprechung. — Spandau: Stadt, Jugendheim Lindauer 1, Heimbesprechung. — Frankfurt a. M.: Jugendheim V. an der Str. 18, Heimbesprechung. — Hildesheim: Jugendheim Fohler, 22, Heimbesprechung. — Neu-Bismarck: Jugendheim Quinter, 44, Heimbesprechung. — Kallum: Gruppenheim Pantow, Kallumstr. 48, Heimbesprechung und Abendabend. — Grawertshaus: Jugendheim Engelstr. 44-45, Saal II des Fabrikarbeiterverbandes, Heimbesprechung, Verbandsbuchentnahme.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anestellten

Deuts. Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Regensburg: Jugendheim Lehrer Str. 15-18, Diskussionsabend. — Hildesheim: Jugendheim Quinter, 44, Punktabend. — Gorch: Bewegungsgeschichte, Jugendabend, 20 Uhr in der Turnhalle der Schule Dorauer Str. 20. Leitung Otto Volkmann. — Am 8. November findet die nächste Jugendversammlung der Metallarbeiter statt. Karten hierfür sind im Jugendsekretariat erhältlich.

Man sagt: „Wer
Milchkathreiner⁺
trinkt, der-ist!“

-mit Recht, denn
Milchkathreiner
ist viermal nahrhafter
als Fleischbrühe!

So lehrt es
jetzt die Ernährungs-
wissenschaft!

+ Diese Mischung: halb Milch,
halb recht starker Kathreiner
wird jetzt von unseren Ärzten
viel empfohlen!

Willi Birnbaum: Wirbelnder Rhythmus!

Wirbelnder Rhythmus. Maschinen rattern im Takt, unaufhörlich, monoton. Riesige Papierrollen rollen sich automatisch ab, winden sich — ein schier endloses weißgraues Band — durch ein summoßes Walzengeräte, schleichen sich bedrückt, gefaltet und abgezählt, gebündelt in griffbereite Hände. Flinke Jungen auf Rädern flühen in alle Teile der Stadt. Große, schwere Zeitungspakete lasten auf schmalen Schultern. Riesige Postkisten verschwinden im Schlund der Lastwagen. Dreiräder, Motorräder mit Seitenwagen werden herangeschoben. Bahnhöfe, Filialen, Ausgabestellen und Post sind in kürzester Frist beliefert. Ehe der Riese Großstadt erwacht, läuft schon das Räderwerk: Organisation!

Stunde Gestalten. Sie huschen treppauf, treppab; Frauen, Männer, junge Menschen. Kaum daß der Tag graut. Durch schmale Briefschlitze werden gefaltete Morgenblätter gezwängt. Klappen fallen schnell. Möglich, daß die Frau, die Mutter schon wach, in der Küche schafft. Denn frühe beginnt der Wertvolle Arbeitstag. Schlaftrunken noch erheben sich die Menschen der Großstadt. (Das eigentliche Leben des Industriearbeiters beginnt ja nach dem Werttag erst!) Ein genöhter Blick zur Uhr: Es ist höchste Zeit! Die Minuten rennen. Im Stehen wird ein Schluck warmen Kaffees hinuntergeschluckt. Dazu: Ein paar Bissen vom Butterbrot. Flüchtig sind die Vorkursüberschriften der Zeitung verschlungen. Der Tag beginnt.

Die Bahnhöfe zu Bahnhöfen und Fabriken sind schwarz von Menschen. An den Haltestellen der Straßenbahnen und Autobusse stehen sie sich zu dichten Klumpen. In den Hallen der U- und Stadtbahnen quillt es hin und her. Diezüge surren nach allen Richtungen: Alle drei Minuten in jeder Richtung ein Zug.

Und in den Abteilen drängen sich die Menschen, stehen eng beieinander. Wer kann — lieft seine Morgenzeitung. Weniger Glückliche spielen mit hinein, ergöttern hier und da einen Seiten — oder bleiben an den Ueberchriften hängen.

Um ein Viertel nach Acht bequemt sich Herr Kruschke an seinen Kaffeetisch. Alles sieht wohlgeordnet an seinem gewohnten Platz. Nachdem er behäbig Platz genommen, schließt ihm die Gattin eine Tasse Melken, schon gesüßten Kaffee in Reihweite. Darauf läßt auch sie sich ihm gegenüber in den trotternden Korbstuhl nieder. Herr Kruschke mündet das Frühstück nicht, wenn er es allein zu sich nehmen soll. Er hält sehr auf Familienfinanzen. Es tut nichts, daß das Frühstück democh fast wortlos von Herrn Kruschke eingenommen wird, obwohl die Frau mehrere Male ein Gespräch anzuknüpfen versucht und ihn daran erinnert, heute nicht so spät aus dem Geschäft zu kommen — „wegen dem Theater!“ Herr Kruschke läßt sich nicht hören: Erst muß er sein Geld- und Wagenblatt in aller Bescheidenheit studieren. Der neueste Stadtskandal interessiert ihn besonders. Nachdem er schon dieses andere dazwischen gelesen, vertieft er sich ein zweitesmal in den überaus ausführlich ausgearbeiteten Bericht. Er fängt an zu brubbeln: „Mit ein Skandal! Dieses Lumpenkind!! Rein — das war früher nicht möglich gewesen!“ Die Kaffeetassen klirren. Fast ängstlich mustert sie seine Frau. Um den Unmut ein wenig zu dämmen, erinnert sie ihren Josef daran, daß es wohl an der Zeit sei, aufzubrechen. Da aber schaut er sie an: „Des laß mir meine Sache sein!“ — und erhebt sich. Frau Kruschke tut beleidigt, eilt zur Garderobe und hilft dem Herrn des Hauses in den Mantel. Beim Abschied lächelt Herr Kruschke seiner Frau wie zur Aufrechterhaltung die Wangen und entschwindet langsam ihren Blicken. Frau Kruschke lächelt beruhigt: Nur die böse Politik macht ihren Mann so gerstig!

Der erste Posteingang gelangt zur Verteilung. In mehr als hundert Häusern verschwinden die Sendungen; Zeitungen und Zeitschriften im Fach der „Literarischen Abteilung“. Der Bote Bod läßt eine Viertelstunde später schon mit einem schweren Packen zum Nachschub. Am vierten Stock, Zimmer 207, nimmt ihm ungeduldig der Expedient Krüger die Einlage aus dem Arm. Neue Verteilung in mehrere Ressorts: Tageszeitungen, Fachschriften, Werbung, Reklame. Die Reklamen landen auf den „zuständigen“ Tischen. Kritische, völlig zwecklose, hübsche und Augen durchschlagende Texte um Seite, neröse Hände streifen mit roten, grünen und blauen Schreibstiften die interessierenden Notizen heraus. Heinerle mit dem Spitznamen „Bott-bott“ holt alle zehn Minuten die „gelesenen“ Schriften zusammen, um sie dem Abteilungsleiter zuzuführen. Telefonate, Rückfragen, Konferenzen werden veranlaßt. Schreibmaschinen klappern unaufhörlich. Diktate schwärzen um die beruflich Lesenden. Briefverarbeiter werden empfangen, unterrichtet. Besichtigungen, Rundfahrten müssen organisiert sein. Berichtigungen sind mit der „Juristischen Abteilung“ aufzuheben. Klagen werden eingeleitet. Nach Rückkehr der rot und grün und blau markierten Vektüre von den Abteilungsstellen sind die Ausschritte zu machen und den verschiedenen Abteilungen zur „weitere Veranlassung“ zu übermitteln. Telegramme und Ferngespräche auswärtiger Vertreter und Büros aus dem In- und Ausland weisen im voraus auf wichtige Geschehnisse hin. Uebertragungen fremdsprachlicher Notizen und Artikel sind zu fertigen. Diktationen werden gegeben. „Freie“ Mitarbeiter erhalten zweckentsprechendes Material; feste Honorare werden auf Konto überwiesen: Kassenzettel „Freiwerbung“.

Platz in der Innenstadt. Sieben Straßen münden hier ein. Unzählige Straßendahlmatten kreuzen die Fläche. Die Unnetze der Abzug nehmen sich selbst neben den Lastkraftwagen nach wie Riesen aus. Personautos und Kraftfahrzeuge scheinen dagegen lächerlich winzig. Ganz zu schweigen von den paar Verzweigten auf Fahrbahnen inmitten des Gewalts auf dem Fahrdamm. Die Verkehrsampeln wechseln in kurzen Abständen von grün auf gelb, von gelb auf rot, von rot auf gelb, von gelb auf grün, von grün auf gelb — und so fort, immerwährend. Auf den Bürgersteigen hasten Menschenmassen, schleichen und drängen. Dazwischen schlängeln sich Zeitungsjungen hindurch, die Mittagszeitung über dem Arm. „Zweihundert Tote! Grubenunglück bei Kachen! Zweihundert Tote!“ Auf der Straßendahl greift ein Herr in die Tasche. Schon ist der Junge über den Damm. Zeitung und Groschen sind blitzschnell gewechselt. „Zweihundert Tote! Grubenunglück!“ Man hört schon die letzten Worte nicht mehr. An der Haltestelle neben mir sucht einer plötzlich auf: „Vorsicht! Die 78 kommt noch immer nicht.“ Fünf Bahnen sind schon vorbei. Zehn Minuten warte ich nun schon! (Es stimmt oder nicht: Es sind erst vier Minuten, daß er hier steht. Nach nichts. Auf ein paar Minuten kommt es beim Schimpfen nicht an!) „Zweihundert Tote! Grubenunglück bei Kachen!“ Wieder wühlt sich der Junge durch den Strom, wechselt in einem fort Zeitung um Zeitung für einen Groschen. Die Frau vom Zeitungstand an der Ecke schaut ihm grimmig zu. Hier ist ihr Revier. Schon aber ist er wieder weiter. Die Käufer finden auch zu ihr. Fast mißleidige Blicke streifen dabei die noch aushängenden Morgenzeitungen. Die sind längst veraltet. Weiter hastet der Menschenstrom. Keugierig werfen die meisten nur einen kurzen

Blick auf den Aushang am Zeitungsstand: „Zweihundert Tote! Grubenunglück...“ Weiter können sie im Vorübergehen nichts erfassen. Kaum, daß es tiefer in ihre Seelen dringt. Zweihundert, was sind Zweihundert — wo Tausende in wildem Tempo sich drängen? ...

Die Tore der Fabriken öffnen sich well. Werkstätige Menschen füllen die Straßen wieder. Abgespannt und müde schreiten sie daher, wortlos. Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Lohnabbau, Wirtschaftskrisen erschauern durch die Zeit. Ein schwerer Druck lastet auf schwachen Schultern. „Zweihundert Angestellte zum Ultimo gekündigt...“ rernchme ich hinter mir. „Mit dem Knüttel mühte man dazwischen-schlagen!“ höre ich einen Arbeiter sprechen. In seinem Tonfall liegt der ganze Groll lange gestauter Unzufriedenheit. Vielleicht auch unterbewußt ein Gefühl der Ohnmacht des Indifferenten, Unorganisierten, „Sympathisierenden“ gegen überfarte gesellschaftliche Mächte? Geschäftige Propaganda, Heilsteher, Rezepteschmeide sind am Werke. Zeitungen ihre Helfer. „Neuer Verrat der SPD! Sozialdemokraten und Gewerkschaften für die Regierung Brüning!“ lünet in großen Lettern die kommunistische Abendpresse. Der Blick verzogert, verbitterter, Verarmte drängen sich. Ingrimig verschlingen sie Epistel für Epistel, Seite um Seite — und hängen gläubig gleich Ertrinkenden am gedruckten Wort. Hoffrucht sich fest in ihre Herzen: Klassenossen, Arbeitsbrüder werden zu Ausblenden der Gemeinheit Letzte Hemmungen nur bewahren sie davon.

Rich. Huelsenbeck: Zwischen Himmel und Erde

Ich traf gestern Dr. Robert Klein, der als Mitglied einer englisch-amerikanischen Expedition versucht hatte, den Mount Everest zu besteigen. Er erzählte mir einige sehr interessante Einzelheiten; er wies auf den religiösen Fanatismus der Tibetener hin und sagte, es herrsche dort am Fuß der Gaurisankarimas eine Feindschaft gegen das Europäertum, von dem man sich hier keine Vorstellung machen könne.

Ich hatte, sagte der Forscher, in der Nähe der heiligen Stadt Chaja einen Diener gemietet, der mir anfänglich sehr vertraulich und willig, später sehr verdächtig vorkam. Ich beobachtete ihn misstrauisch, konnte ihn aber nicht entlassen, da eine solche Handlung bei der allgemeinen Spannung aus offener Feindseligkeit ausgelegt worden wäre. Der Mann hieß Pa, er war von mittlerer Größe und hatte wirres schwarzes Haar, das ihm in einer für europäische Gemüter schreckenerregenden Weise über die Stirn in die Augen fiel. Pa war bekleidet mit einem alten Jodfell, in dem es von Ungeziefer wimmelte; täglich rieb er sich Gesicht, Hände und Oberkörper mit ranziger Butter ab. Die Beine wusch er nie, so daß sie mit Schmutzorten bedeckt, ein Bild des Einds und des Efels darboten. Pa verrichtete täglich religiöse Übungen, aber so heimlich, daß seine Abwesenheit allein uns daran erinnerte, was vor sich ging. Pa hatte großes Interesse für die Erzeugnisse europäisch-amerikanischer Technik; er betrachtete lange und staunend die Kompass, Sextanten, Höhenmesser, die photographischen Apparate und nicht zu vergessen die Autos. Einmal erweilten wir ihn, wie er die Hande eines Motors entfernt hatte und in Arbeit versunken die Zylinder anginge, die ihm wie Krone und Welle eines fremden Gottes vorgekommen sein mögen. Aber daß Pa auch hassen konnte, begriffen wir, als wir aufgeschreckt durch ein spechtartig klopfendes Geräusch einen im Lager wohlbelannten Mann, Mr. Fleetwoods Spiegelreflexkamera zerhacken sahen.

Die können sich vorstellen, daß es nicht angenehm war, sich von einem mit so verschiedenen Eigenschaften ausgestatteten Diener bis in die kleinsten Einzelheiten des täglichen Lebens beobachten zu lassen. Wie oft bin ich nachts, wenn ich auf meinem Zeltbett lag, unruhig aufgewacht, erschreckt, in Schweiß gebadet; ich glaubte, eine Frage zu sehen, das Gesicht, das sich über mich beugte. Ich vermutete diesen Menschen zwischen den Falten meiner Kleider, hinter jeder Ritze. Wenn er dann wirklich eintrat, um in seiner unterwürfigen Weise, die aus Achtung und Verehrung gemischt ist, und nur von Affekten geübt werden kann, meine Sachen ordnete, mir den Kaffee reichte oder eine Zigarre in Brand steckte, wurde ich von kübler Ruhe erfüllt. Die Strapazen der Reise hatten meine Nerven angegriffen; ich wußte es, ohne etwas dagegen tun zu können. Im Gegenteil: die größte Belastung unseres geistlichen und körperlichen Menschen stand noch vor uns. Seit Wochen war der Horizont ausgefüllt von der Kulisse der Berge, an denen wir unsere Fähigkeiten erproben wollten.

Genaus Beobachtung Pa hatte die Ueberzeugung in mir wachsen lassen, daß er seine ganze Abneigung gegen uns zurückleitete, bis sich ihm eines Tages eine Gelegenheit bieten würde, die das Risiko, gegen so mächtig und gefährlich ausgestattete Europäer vorzugehen, auch lohnend erscheinen ließ. Man mußte auf der Hut sein. So oft ich mit Mr. Fleetwood oder mit Lange, dem Leiter der Unternehmung sprach, bekam ich schallendes Gelächter oder Vorwürfe zu hören, die besagten, ich hätte mich damals, als Pa die Kamera zerhackte, nicht gegen seine Bestrafung und Entlassung sträuben sollen. Lange war ein gewiegter Kletterer; aber in Tibet bestand er sich zum erstenmal. Da er den Charakter dieser Halbwilden nicht so wie ich beurteilen konnte und da er keine Vorstellung von ihrem tiefergeordneten religiösen Fanatismus besaß, konnte ich ihm keine Vorwürfe nicht übernehmen.

Wir lebten seit einigen Wochen auf den Hochhöhen des Mount Everest, denen die leider so elend zugrundegegangene Expedition noch den Namen „Weißes Plateau“ gegeben hat, weil sich hier einige felsartige Gebilde befinden, die in der Dämmerung wie Silber leuchten. Unsere nächstliegende Aufgabe bestand in der Errichtung von Proviantsstationen, auf die wir uns bei der Besteigung des Gipfels stützen wollten. Zu gleicher Zeit aber wollten wir einige Eingeborene als Bergsteiger ausbilden; sie sollten Fleetwood, Lange und mich beim letzten Angriff auf die Mount Everest-Höhe, so weit es ging, begleiten und uns unsere Ausrüstungs- und Ersatzstoffe nachtragen.

Wir wählten eine eingehende Musterung unter den Leuten ab und sonderten alle aus, die wegen ihrer körperlichen Beschaffenheit von vornherein nicht in Frage kamen. Vollkommene Schwindsel-freiheit war natürlich unerlässliche Bedingung. Alle Eigenschaften mußten erprobt und mühsam nachgewiesen werden; da wir uns selbstverständlich auf die Behauptungen der Tibeter nicht ohne weiteres verlassen konnten; zumal, wenn man bedenkt, daß bei solchen Unternehmungen ein Schritt genügt, die ganze Gesellschaft ins Verderben zu stürzen. Wertwürdigerweise blieb trotz meines inneren Widerstandes als kräftigster und geschicktester Anwärter mein Diener Pa übrig; mit großem Redeschwall erklärte er, er würde uns einmig dankbar sein, wenn wir ihn mitnahmen.

den neben ihnen stehenden seinen „Vorwürfe“ zu entreißen und zu zerstückeln, buchstäblich mit Füßen in den Schmutz zu treten. Ein höhnisches Lächeln nur haben sie für das junge Mädchen übrig, das sich im Romantisch des Generalanreiters verloren hat.

Der Tag erlischt. Licht kommt auf. Die Stunden rinnen. Warenhäuser und Geschäfte schließen. Die 2. und 3. Ausgabe des „Tempo“ sind unterdes erschienen; „Brüning gerettet!“ Die Hugenbergische „Nacht“-Ausgabe mit dem roten Strich unter der Ballenzeitung „Burrhusflug der Regierung!“ mettelert mit ihnen. Das „3 Uhr-Abendblatt“ ist schon seit halb sechs auf dem Plage.

Noch immer stutet das Leben durch alle Kanäle der Stadt. Demonstrationen, Konferenzen, Sitzungen, Versammlungen allenthalben. Es ist eine unruhige Zeit! Kino, Theater, Cafés und Kneipen sind gefüllt. Lohntag heute. Tausend andere den Rundfunk lauschen. Tagsüber in Fabriken schaffende Frauen und Mütter radern sich weiter ab, bis sie spät abends todmüde zu kurzer Ruhe auf ihre Lagerstätten sinken. Tief und fest ihr Schlaf, den sie sich doppelt verdient.

In den Redaktionen der Morgenzeitungen aber ist Hochbetrieb. Fieberhaft zuden die Tasten der Schreibmaschinen. Letzte Nachrichten werden gesichtet. Der Umbruch ist fertig. Endlich ist auch die Schlagzeile zurechtgestellt. Rotationsmaschinen kommen in Schwung, beweisen draußen der Riese Großstadt sich auf seine kurze Nachtruhe besinnt.

Andre Geschehnisse, neue „Sensationen“ steigen aus der Tiefe der Nacht. Was heute die Nerven noch peitschte — läßt morgen kalt! Weiter geht es in wirbelndem Rhythmus unserer Zeit. Maschinen rattern im Takt, unaufhörlich, monoton...

Ich weiß nicht, ob Sie wissen, daß die Tibeter den Mount Everest als Gottheit verehren und eine Besteigung dieses Berges als schwere Sünde betrachten. Infolge des Einflusses des Mr. Lange hatten wir aber — trotz meiner Einwände — beschlossen, auf die religiösen Widerstände der Eingeborenen nicht einzugehen, indem wir der Ansicht waren, daß die Tibeter in gemeinsamer Gefahr keine Dummheiten machen würden. Das war falsch, wie sich sogleich herausstellen wird.

Wir waren schon sechs Stunden gestiegen; die Proviantsstation Nr. II lag senkrecht unter uns, vielleicht fünf-hundert Meter tiefer, so daß man sie mit einem geschleuderten Steinwurf hätte treffen können. Es war eine Art letzter Vorübung, die wir abließen; wir gedachten bis zur Proviantsstation Nr. I zu klettern; das bedeutete weitere dreistündige Anstrengung, eingeschlossen die gefährliche Umleitung des „Einhornfelsens“. Die Platzverteilung hatte sich im Verlaufe des Aufstieges folgendermaßen fast von selbst geregelt: zuerst ging Lange, dann kam Pa, der einen schweren Sauerstoffapparat trug, dann ich, dann Fleetwood. Wir vier waren durch ein Seil verbunden. Hinter Fleetwood triterten sehr ermüdet zwei tibetische Geblühen, die ebenfalls unter sich gefesselt waren.

Als wir das Einhorn, eine zackig aus dem Fels herausragende Granitspitze, umkletterten, mußten wir die Seilung zwischen Lange, Pa, Fleetwood und mir lösen. Lange dankte sich an Fleetwood und ich mußte mich Pa anvertrauen, der seinen Apparat den nachfolgenden Dienern überließ. Wir waren übergingelommen, diese Leute, die offensichtlich der Anstrengung nicht mehr gewachsen waren, vor der Einhornspitze in einer Talnische zurückzulassen.

Es gibt am Einhorn eine sehr gefährliche Stelle, wo man tatsächlich zwischen Himmel und Erde schwebt und ganz auf die Kraft des Begleiters angewiesen ist; da immer nur einer sich auf einer festen Felsstufe befinden kann. Ich sagte Ihnen, daß meine Nerven nicht mehr ganz auf der Höhe waren; nur hierdurch kann ich mir mein Ausgleiten erklären; es war, als hätte mir jemand einen Schlag gegen die Beine verfehlt. Ich glitt auf dem Geröll aus und im nächsten Augenblick hing ich über der unendlichen Tiefe. Man kann schwer schildern, von welchen Gedanken man in solcher Lage erfüllt ist. Wahrscheinlich ist man von gar nichts erfüllt. Man hat nicht einmal Angst; es ist so, als wäre man schon einen Schritt über das Leben selbst hinausgegangen. Man ist an dem Meise, das man schon fast fortgeworfen zu haben glaubt, nicht mehr interessiert. In meinem Fall kam aber etwas hinzu, was meine Aufmerksamkeit aufs höchste erregte. Ich fühlte, wie Pa sich mit dem Seil zu tun machte, jedoch nicht so wie einer, der versucht, Gestürzte empor-zuziehen; sondern, als wolle er das Seil durchschneiden. In meiner Angst rief ich aus vollem Halse, ich schrie hoch und gellend, so laut, daß ich hoffte, Lange und Fleetwood würden es hören. Nichtsdestoweniger wurde die Tätigkeit an meinem Seil fortgesetzt und ich fürchtete, jeden Augenblick abzustürzen. Pa, dachte ich, glaubt nun endlich den Augenblick gefunden zu haben, wo er sich an einem verhassten Vertreter der Zivilisation rächen kann. Das Seil zitterte. So muß einem Beurteilten zumute sein, der unter dem Fallbeil liegt und das Herabfallen des Beils erwartet. Ich erwartete das Ende, so ich wünschte es herbei. Ich lehnte mich nach Ruhe; es war mir, als hätte ich schon ein Menschenalter am Strick gebaumelt.

Wie das geendet hat? Nun, daß es nicht schlecht geendet hat, sehen Sie ja. Ich bin fest von der verbrecherischen Absicht Pa überzeugt gewesen und bin es noch heute, obwohl das Seil bei genauer Untersuchung keine Veränderungen aufwies. Es ist möglich, daß die Umkehr Fleetwoods, der meinen Schrei hörte, den Tibeter gehindert hat. Möglich bleibt auch, daß ihn selbst im letzten Moment der Mut zu so ungeheurerlicher Tat vertick. Genug, ich wurde gerettet. Ich habe dann Pa unter einem Vorwand entlassen; es haben sich für unsere Expedition daraus mancherlei Nachteile ergeben; aber es ist hier nicht der Ort, dies zu erzählen. Ich werde später darauf zurückkommen.

Rückschlag auf den Vormenschen

Bei der Ausgrabung der Gebeine von hingerichteten Verbrechern auf dem Gefängnisfriedhof in Melbourne (Australien) wurde die eigenartige Entdeckung gemacht, daß der Schädel eines Mörders die typische Schädelform des ältesten der anthropologischen Wissenschaft bekannten Menschentyps aufwies. Das große Hinterhauptloch an der Schädelbasis, durch das das Rückenmark mit dem Gehirn in Verbindung steht, und das das sich beim heutigen Menschen in der Mitte der Schädelbasis befindet, lag bei diesem Verbrecherschädel bedeutend weiter zurück, ähnlich wie bei den Menschenaffen. Auch der Hinterhauptswulst und die Warzenfortsätze sowie die Gestaltung des Stirnbeines zeigten deutliche Anklänge an die Verhältnisse beim vorgeschichtlichen Menschen. Aus diesen Eigenarten schloß Dr. Springthorpe, daß der Verbrecher, dem dieser Schädel gehörte, einen Rückschlag auf den Vormenschen darstellte und nicht im Vollbesitz normaler geistiger und moralischer Eigenschaften gewesen sein könne. Demgegenüber ist interessant festzustellen, daß das Gesicht es abgedehnt hatte, ihm aus Gründen der Unzurechnungsfähigkeit mildernde Umstände zuzubilligen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind Berlin S 61, Lindenstraße 2.

Bitte an den Bezirkssekretariat 1. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

2. Kreis Tiergarten. Kreisfunktionäre und Mitglieder des Kreisverbandes: Deutscher, Dienstag, 4. November, 19 1/2 Uhr, im Saal des Vereins der Arbeiter, 1. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.
3. Kreis Friedrichshagen. Das Bezirksbüro Arbeiterjugend und Arbeiterjugend am Mittwoch, 5. November, 19 1/2 Uhr, in den Andreas-Häusern, Andreasstraße 21, eine große Kundgebung. Lichtbildvortrag: Die Kirche in der Funktionäre. Eintritt frei. Organisationsausschuss legitimiert. Gefördert durch den Reichsausschuss für Arbeiterjugend und 2 M. mitbringen. — Die 12. Jahrgangsstufe des Reichsausschusses für Arbeiterjugend hält am Mittwoch, 5. November, im Saal des Vereins der Arbeiter, 1. Hof, 2 Treppen rechts, eine Kundgebung ab. Mittelberichter über mitzubringen. Vollständiges Erstellen erbeten.
4. Kreis Tempelhof. Alle Genossen und Genossinnen, die aus der Kirche ausgetreten sind, haben am Mittwoch, 5. November, Gelegenheit dazu in der Arbeiterjugend der Arbeiter, 1. Hof, 2 Treppen rechts, zu sprechen.
5. Kreis Prenzlauer Berg. Mittwoch, 5. November, um 19 1/2 Uhr, Diskussionsabend für unsere Parteimitglieder im Reichsausschuss der Arbeiter, 1. Hof, 2 Treppen rechts, zu sprechen. Es spricht Genosse Dr. Fritz Lorenz, Preisausschuss, über „Einnahme der Arbeiterjugend“.
6. Kreis Prenzlauer Berg. Mittwoch, 5. November, 19 Uhr, im großen Sitzungssaal des Reichsausschusses, wichtige Sitzung der Partei mit den Bürgerdeputierten sämtlicher Wahlkreise der Reichsausschüsse und dem Reichsausschuss.

heute, Dienstag, 4. November.

7. Kreis Unter den Eichen. Kann von den Bezirksfunktionären in der Arbeiterjugend, 1. Hof, 2 Treppen rechts, zu sprechen.
8. Kreis Unter den Eichen. Kann von den Genossen Kasane abgeholt werden.
9. Kreis Unter den Eichen. 20 Uhr im Berliner Klub, Salzburger Str. 17, Vorstand- und Funktionärstreffen.
10. Kreis Unter den Eichen. Sonntag 20 Uhr bei Frau Baumhauer, Lindenstraße, außerordentlich wichtige Funktionärstreffen mit allen Parteien.

111. Kreis Unter den Eichen. Verteilung des Briefes an die Parteimitglieder der Gruppe Unter den Eichen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beginn 20 Uhr im Jugendheim, Wilmersdorfer Str. 1.

Morgen, Mittwoch, 5. November.

112. Kreis Unter den Eichen. 19 Uhr Abteilungsvorstandssitzung bei Schmann, Wilmersdorfer Str. 1, um 20 Uhr ebenfalls Funktionärstreffen. — 20. Uhr bei Frau Baumhauer, Lindenstraße. — 21. Uhr bei Frau Baumhauer, Lindenstraße.
113. Kreis Unter den Eichen. 19 1/2 Uhr in der Rheinstraße, Rheinstraße 12, Funktionärstreffen. — 20. Uhr bei Frau Baumhauer, Lindenstraße. — 21. Uhr bei Frau Baumhauer, Lindenstraße.
114. Kreis Unter den Eichen. 20 Uhr bei Frau Baumhauer, Lindenstraße. — 21. Uhr bei Frau Baumhauer, Lindenstraße.
115. Kreis Unter den Eichen. 20 Uhr bei Frau Baumhauer, Lindenstraße. — 21. Uhr bei Frau Baumhauer, Lindenstraße.
116. Kreis Unter den Eichen. 20 Uhr bei Frau Baumhauer, Lindenstraße. — 21. Uhr bei Frau Baumhauer, Lindenstraße.

117. Kreis Unter den Eichen. Mittwoch, 5. November, 18 Uhr, im Spittelmarkt-Keller, wichtige Parteiversammlung. Das Erscheinen sämtlicher Parteimitglieder der Reichsausschüsse ist erforderlich.

Kolonne Wilmersberg. Sonntag, 6. November, 20 Uhr, bei Frau Baumhauer, Lindenstraße, wichtige Parteiversammlung. Das Erscheinen sämtlicher Parteimitglieder der Reichsausschüsse ist erforderlich.

Frauenveranstaltungen.

7. Kreis Unter den Eichen. Die am Sonntag im „Kamärit“ bekanntgemachte Parteitagung der Genossin Käthe Kern: Die sozialistische Frauenbewegung und ihr Problem“ findet am ersten Mittwoch jeden Monats im Jugendheim Prenzlauer Berg, 4. Hof, 2 Treppen rechts, statt.
8. Kreis Unter den Eichen. Die Genossinnen beteiligen sich vollständig am Kreisabend am Mittwoch, 5. November, im Jugendheim Prenzlauer Berg, 4. Hof, 2 Treppen rechts, zu sprechen.
118. Kreis Unter den Eichen. Deutscher, Dienstag, 4. November, 20 Uhr, im Jugendheim Prenzlauer Berg, 4. Hof, 2 Treppen rechts, zu sprechen.

Restaurant Schütz. Was hat die Frau vom Sozialismus zu essen? Referent Schulze, Wilmersdorfer Str. 1.

Jungsozialisten.

- Gruppe Tempelhof-Marienbad: Im Jugendheim Prenzlauer Berg, 4. Hof, 2 Treppen rechts, heute um 20 Uhr Mitgliederversammlung. Erscheinen ist Pflicht. Abrechnung der Partei für die Revolution.
- Kreis Unter den Eichen. Deutscher, Dienstag, 4. November, 19 1/2 Uhr, im Jugendheim Prenzlauer Berg, 4. Hof, 2 Treppen rechts, zu sprechen.
- Gruppe Unter den Eichen: Deutscher, Dienstag, 4. November, 19 1/2 Uhr, im Jugendheim Prenzlauer Berg, 4. Hof, 2 Treppen rechts, zu sprechen.
- Gruppe Unter den Eichen: Deutscher, Dienstag, 4. November, 19 1/2 Uhr, im Jugendheim Prenzlauer Berg, 4. Hof, 2 Treppen rechts, zu sprechen.
- Gruppe Unter den Eichen: Deutscher, Dienstag, 4. November, 19 1/2 Uhr, im Jugendheim Prenzlauer Berg, 4. Hof, 2 Treppen rechts, zu sprechen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

- Kreis Unter den Eichen: Sonntag, 6. November, 20 Uhr, Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Treffpunkt im Jugendheim Prenzlauer Berg, 4. Hof, 2 Treppen rechts, zu sprechen.
- Kreis Unter den Eichen: Sonntag, 6. November, 20 Uhr, Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Treffpunkt im Jugendheim Prenzlauer Berg, 4. Hof, 2 Treppen rechts, zu sprechen.
- Kreis Unter den Eichen: Sonntag, 6. November, 20 Uhr, Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Treffpunkt im Jugendheim Prenzlauer Berg, 4. Hof, 2 Treppen rechts, zu sprechen.
- Kreis Unter den Eichen: Sonntag, 6. November, 20 Uhr, Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Treffpunkt im Jugendheim Prenzlauer Berg, 4. Hof, 2 Treppen rechts, zu sprechen.
- Kreis Unter den Eichen: Sonntag, 6. November, 20 Uhr, Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Treffpunkt im Jugendheim Prenzlauer Berg, 4. Hof, 2 Treppen rechts, zu sprechen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

18. Kreis Unter den Eichen. Genosse Friedrich Krasowski ist am 11. Oktober verstorben. Seine Hinterbliebenen: Gattin, 17. Geburtstag am 5. November im Krematorium, Wilmersdorfer Str. 1. Begehrte Teilnahme erwünscht.

Leute zu Tiel: gute und billige Lebensmittel einkaufen!

Preis nur Dienstag und Mittwoch. Fleisch und leichtverdauliche Waren sind vom Versand ausgeschlossen. Verkauf soweit Vorrat. Kuponübergabe vorbehalten.

Fleisch	Tauben gefroren, St. von 0,56	Suppenhühner Pfd. von 0,90	Enten Pfd. von 1,00
Kalbshamm o. Beef, Pfd. von 0,88	Hasen gestutzt u. angegorwen, Pfd. v. 0,98	Kaninchen gestutzt und angegorwen, Pfd. von 0,98	
Kalbseule bis 2 Pfd. schwer, Pfd. 0,98	Käse und Fette	Wurstwaren	Kolonialwaren
Suppenfleisch Pfd. von 0,88	Tilsiter vollfett Pfd. 0,84	Dampfwurst Pfd. 0,98	Weisse Bohnen Pfd. 0,22
Schmorfleisch Pfd. 1,20	Dän. Schweizer 30% Pfd. 0,84	ff. Leberwurst Pfd. 1,28	Linsen Pfd. 0,22
Schweinebauch a. R. Pfd. 0,94	Edamer 40% Pfd. 0,90	Zervelat u. Salami Pfd. 1,58	Viktoria-Erbisen Pfd. 0,22
Schweineschinken oder -Blatt Pfd. 0,96	Edamer 40% Pfd. 0,90	Schinkenspeck Pfd. 1,58	Kakao Pfd. 0,58
Kassler mild Pfd. von 1,06	Molkereibutter Pfd. 1,38	Gek. Schinken im Stück, Pfd. 1,80	Kaffee Pfd. von 1,90
Schweinekamm oder -Schuft, ohne Beilage, Pfd. 1,08	Dänische Butter Pfd. 1,74	Margarine Pfd. 0,46	Konserven
Schweineköpfe a. R. Pfd. 0,48	Gemüse	Sellerie Pfd. 0,06	Konsumgemüse 1/2 Dose
Eisbein m. Splatabein, gep. Pfd. 0,74	Sellerie Pfd. 0,06	Märkische Rübchen Pfd. 0,25	Jg. Kohlrabi in Scheiben ... 0,35
Rückenfest schwarz, Pfd. 0,84	Märkische Rübchen Pfd. 0,25	Grüne Bohnen Pfd. 0,20	Brechbohnen I ... 0,59
Bratwurst Berliner Art, Pfd. 1,00	Grüne Bohnen Pfd. 0,20	Grünkohl Pfd. 0,10	Preisbeeren ... 0,90
Hammel-Vorderfleisch gefroren Pfd. von 0,66			Stachelbeeren ... 0,75
Hammelflücken gefroren Pfd. 0,78			

BILLIGES BROT AB HEUTE

Brötchen 4 Stück 0,10 | **1/1 Brot vorgeschriebenes Gewicht 0,46** | **1/2 Brot vorgeschriebenes Gewicht 0,23**

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Oper
Unter d. Linden
A-V. 65
19 1/2 Uhr
Die Modist des Schicksals
Ende p. 22 1/2 Uhr

Staats-Oper
Am Platz der Republik
V-B.
19 1/2 Uhr
Hoffmanns Erzählungen
Offenl. Kartentrakt
Ende n. 22 1/2 Uhr

Staatl. Schiller-Theater, Charlitzg.
20 Uhr
CLAVIGO
Ende nach 22 Uhr

SCALIA
Tgl. 5 u. 8 1/2 Uhr — 55 Stck. 9250
Tgl. 1-3 M. — Nachm. halbe Preise
Rastelli's neuer Paß-
Matray-Ballett, Carlo Medini-Truppe usw.

PLAZA
Tgl. 5 u. 8 1/2 Uhr
I. Vorstellung 50 Pf. bis 1 M.
II. und III. Vorst. 1 bis 2 M.
AFRA, UESSEMS, KOHLBRANDT usw.

Rennen zu Koppengarten
Dienstag, 4. November
nachmittags 1 1/2 Uhr.

Winter Garten
8,13 Uhr — Baden eriecht
24 Tillerettes, Carr's u. Betty
Das Tonphänomen Linder usw.

Volksbühne
Theater am Blümlitz.
8 Uhr
Der frühe Weinberg
Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Clavigo
Theater am Schindlerdamm
8 1/2 Uhr
Jud Süß!
Staatsoper
Am Pl. d. Republik
7 1/2 Uhr
Hoffmanns Erzählungen

Kleines Theat.
Täglich 8 1/2 Uhr
Loni Leux in
Meine Schwester und ich
nach Verkauft von Elm.
Musik von Busch.

Neues Theater
am Zoo
Im Rahm. Tel. Stpl. 6554
Täglich 8 1/2 Uhr
Der große Lacherlo!g!
Max Adalbert
in
Hasenklein

Rose-Theater
Gr. Frankfurter Str. 122
Tel. Alex. 3422 3494
8 30 Uhr:
Kukul
8 15 Uhr:
in der
Johannisnacht

GROSSES SCHAUSPIELHAUS

Im weissen Rössl
Premiere: 8. November 7 1/2 Pünktl.
Singspiel nach Blumenthal und Kadelburg
von Hans Müller, Musik von Ralph Benatzky
Musik. Karl Robert Stolz. Gesangstexte Robert Gilbert.
Camilla Spira, Max Hansen, Trude Lieske,
Otto Wallburg, Siegf. Arno, Walter Jenkuhn,
Paul Hörbiger, Käthe Lenz, Willi Schaeffers,
Winkelstern, Desni, Gust Gstettenbauer,
und das große Ensemble.
Gesamtdirekt. Prof. Stern. Mus. Dir. Ernst Hauke.
Wegen Vorbereitung zur Premiere bis einschli.
Freitag geschlossen.
Regie: Erik Charell

CASINO-THEATER 8 1/2 Uhr
Lothringerg. Straße 37.
Nur im Monat November
die entzückende Komödie
Arm wie eine Kirchenmaus
Gutscheil 1-4 Pers. Pauteuil 1,25 M.
Sessel 1,75 M. — Sonstige Preise:
Parkett 75, Rang 60 Pf.

Reichshallen-Theater
Theater d. Westens
8 1/2 Uhr
Gastspiel
Leopoldine Komatzki
Finden Sie, daß
Constance sich
richtig verhält?
Lene, Schell, Wimmer.

Lessing-Theat.
8 1/2 Uhr
Lotte Werkmüller
Elisabeth,
Kloß in England
Donnerstag
geschlossen
Ab Freitag:
Sommer-
nachtraum
Regie: Max Reichardt

Pallharmonie
8 Uhr
Haydn-Mozart-Beetho-
ven-Abend
d. Pallharmonie-Dir. Ch.
Hr. Prof. J. Pröwer
1. Viol. Herl. Semmler-
2. Viol. Herl. Semmler
Eintritt 1 M.

Theater I. d. Behrenstr. 53-54

Direktion: Ralph Arthur Roberts
Das häßliche Mädchen
Englisch — Roberts — Jansson.

Familien-Nachmittage
im
ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Straße 132
Billettkasse für den Vor-
verkauf: Alexander 3422
und 3494
Montag, Donnerstag und Freitag
nachm. 5 1/2 Uhr
Kukul
mit Traute, Hans, Paul und
Willi Rase
Preise: von 30 Pf. bis 1,50 M.
Garderober u. Programm je
10 Pf. 20 Min. Kaffeepause
Kaffee mit Kuchen 25 Pf.
Kinder haben Zutritt
Mittwoch 8 Uhr und
Samstag 4 1/2 Uhr
Peterzens Mondfahrt
Das entzückende
Weihnachtsmärchen
(Preis von 30 Pf. bis 1,50 M.)
Wochentags 8 1/2 Uhr,
Sonntags 7 u. 10 1/2 Uhr,
Sonntag 5 1/2 u. 9 Uhr.
„In der Johannisnacht“
Nächsten Sonntag um 2 1/2 U.
spricht
Ludwig Hardt
Heinrich Heine
Außerdem Auftaktvortrag:
Der Ackermann
und der Tod

Berliner Theater
Dönh. 625, 626
Täglich 8 Uhr
Nur noch 4 Vorstellungen
Alexander Moissi
in
„Der Idiot“
v. Dostojewski

Elite-Sänger
Kottbuser Str. 6
P. 8. Oberb. 6070
Tgl. 8 1/2 u. auch
Sonntag 3 1/2 Uhr
Die Revue des Russen:
„Wir lachen uns kaputt“
mit
Lotte Werkmüller
Musik von
Willi Rase,
Willy Kall
und
Sigwart Böhle
Tgl. 11-2, 12, 14, 16

Komische Oper
8 1/2 Uhr
Das Mädel am Steuer
Operette v. Gilbert

Deutscher Künstler-Theat.
Tel. Eberhard 3537
8 1/2 Uhr
Jim und Jill
Erste Wiederaufnahme
Pauline

Renaissance-Theater
Steinplatz 6780
8 1/2 Uhr
Voruntersuchung
von Max Alsborg
und O. E. Hesse

Musik-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Operettenfolge!
Unter pers. Leitung
des Komponisten
Viktoria
und ihr Husar

Theater am Schindlerdamm
Letzte 3 Vorstellungen!
Jud Süß!
mit
Ernst Deutsch
ab Donnerstag 10 1/2 Uhr
Dreigroschenoper
mit Carola Nether

Lustspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Kurt Götz
in
Hokus Pokus

WANGS WASSERLAND
Das preiswerte
Vergnügungs-
Restaurant
Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Wangrin & Butz
Elektr. Licht-, Kraft- u. Klingelanlagen
Konzess. für sämtl. elektrische Werke
E3 Bin.-Neukölln E3
Hohrechtstr. 39-60
Telephon: Neukölln 5157

Hautjucken, Flechten
offenen Füßen, Krampfadern
auch veralteten Banden ist die milde und wohltuende
San. Rat Dr. Straßl's Hausfalbe
fest Jahrszeiten örtlich empfindlich und bewährt.
30 Original-Boxen à 1,25, 2,50 und 4,50
30 haben in Apotheken,
meist nicht vorräthig, Versand bestellbar durch
Elefant-Apothek, Berlin SW 19, 42, Oranienburger
Str. 74 (Eckhoffplatz)